

Stenographischer Bericht

29. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIII. Gesetzgebungsperiode – 22. Dezember 1997

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Präsident Dr. Strenitz, Abg. Gennaro, Abg. Ing. Peinhaupt, Abg. Schuster.

Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Flecker, Purr, Vollmann, Riebenbauer, Gross, Straßberger, Heibl, Bacher, Dipl.-Ing. Getzinger, Alfred Prutsch, Dr. Bachmaier-Geltewa, Ing. Mag. Hohegger, Pußwald, Tasch, Dr. Karisch, Wicher und Posch zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung gemäß Paragraph 13 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in Verbindung mit Paragraph 28 Absatz 6 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, betreffend ESTAG.

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 684/1, betreffend Genehmigung des Abschlusses eines Unternehmensbeteiligungs- und Syndikatsvertrages des Landes Steiermark mit der Electricité de France International SA, mit Zuweisung.

Beschlußfassung über Zuweisung (2477).

Redner: Abg. Mag. Zitz (2477), Landesrat Ing. Ressel (2478), Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl (2479), Abg. Mag. Bleckmann (2481), Abg. Mag. Zitz (2483), Landesrat Ing. Ressel (2484).

Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 684/1, betreffend Genehmigung des Abschlusses eines Unternehmensbeteiligungs- und Syndikatsvertrages des Landes Steiermark mit der Electricité de France International SA.

Berichterstatter: Abg. Dr. Flecker (2485).

Redner: Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (2485), Abg. Dr. Flecker (2486), Abg. Dr. Brünner (2488), Abg. Schützenhöfer (2499), Abg. Porta (2501), Abg. Keshmiri (2502), Abg. Dr. Wabl (2503), Abg. Dr. Brünner (2504), Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl (2504).

Beschlußfassung (2505).

Dringliche Anfrage der FPÖ und der Grünen an Landesrat Ing. Ressel, betreffend ESTAG.

Begründung der dringlichen Anfrage: Abg. Mag. Bleckmann (2491).

Beantwortung der dringlichen Anfrage: Landesrat Ing. Ressel (2493).

Redner: Abg. Mag. Zitz (2494), Abg. Ing. Schreiner (2496), Abg. Dr. Wabl (2497).

Beschlußfassung (2499).

Beginn der Sitzung: 14.06 Uhr.

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Hohes Haus!

Heute findet eine außerordentliche Sitzung des Steiermärkischen Landtages – es ist dies die 29. Sitzung – in der laufenden XIII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind Präsident Dr. Strenitz und die Abgeordneten Gennaro, Ing. Peinhaupt und Schuster.

Hohes Haus! Wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns.

Herr Klubobmann Abgeordneter Dr. Kurt Flecker vollendete am 21. Dezember 1997 seinen 50. Geburtstag.

Namens des Hohen Hauses und in meinem Namen darf ich die allerherzlichsten Glückwünsche zum Geburtstag aussprechen. (Allgemeiner Beifall.)

Die Einberufung zu dieser außerordentlichen Sitzung erfolgte über Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Flecker, Purr, Vollmann, Riebenbauer, Gross, Straßberger, Heibl, Bacher, Dipl.-Ing. Getzinger, Alfred Prutsch, Dr. Bachmaier-Geltewa, Ing. Mag. Hohegger, Pußwald, Tasch, Dr. Karisch, Wicher und Posch zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung gemäß Paragraph 13 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in Verbindung mit Paragraph 28 Absatz 6 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, betreffend ESTAG.

Gemäß Paragraph 13 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in Verbindung mit Paragraph 28 Absatz 6 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, ist der Präsident verpflichtet, den Landtag zu einer außerordentlichen Sitzung binnen fünf Tagen einzuberufen, wenn wenigstens ein Fünftel der Mitglieder es verlangt.

Der Antrag ist von zwölf Abgeordneten der ÖVP und von sechs Abgeordneten der SPÖ unterzeichnet und entspricht daher den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Eingebracht wurde die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 684/1, betreffend Genehmigung des Abschlusses eines Unternehmensbeteiligungs- und Syndikatsvertrages des Landes Steiermark mit der Electricité de France International SA, welche heute aufliegt und die ich gemäß Paragraph 29 der Geschäftsordnung dem Finanz-Ausschuß zuweise.

Wird gegen diese Zuweisung ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (14.10 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Alle Personen im Haus, auch die, die den Antrag auf diesen Sonderlandtag gestellt haben, haben die Regierungsvorlage erst letzten Donnerstag bekommen. Unsere Kritik am Vorgehen der Präsidiäle, daß dieses Stück jetzt um 2 Uhr ins Haus kommt, vielen von Ihnen gerade jetzt überhaupt einsichtbar gemacht wurde, dieses Stück sofort anschließend in den Finanz-Ausschuß geht, von dort, wenn dort nicht negativ abgestimmt wird, sofort wieder ins Haus geht, und dieser Einstieg des französischen Atomkonzerns

Electricité de France nach Österreich jetzt von der Landesregierung und dem Landtag als Weihnachtsgeschenk auf diese Art und Weise über die Bühne gebracht wird, dagegen sprechen wir uns jedenfalls aus.

Ein zweiter Kritikpunkt ist, daß die Regierungsvorlage in der Form, wie wir sie am Tisch haben, unzureichend ist. Es sind die Beteiligungs- und Syndikatsverträge nicht vorliegend. Das heißt, es ist für keine Kollegin und keinen Kollegen im Landtag möglich, mit dieser Regierungsvorlage eine nachvollziehbare wirtschaftsstruktur- und umweltpolitische Entscheidung zu treffen.

Ich spreche mich hiemit dagegen aus, daß es heute zu einer Beschlußfassung dieser Regierungsvorlage kommt, und spreche mich gegen die Weiterverweisung des Stücks in den Finanz-Ausschuß aus beziehungsweise dagegen, daß im Finanz-Ausschuß heute dieser Antrag so abgestimmt wird, daß er anschließend ins Haus gehen kann.

Dieses Vorgehen ist undemokratisch, es ist ökologisch nicht nachvollziehbar, und es ist demokratiepolitisch für alle Kolleginnen und Kollegen im Haus, auch für jene, die den Sonderlandtag einberufen haben, nicht zumutbar. (14.12 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Ing. Ressel. Ich erteile es ihm.

Landesrat Ing. Ressel (14.12 Uhr): Danke! Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Mit dem Entschluß, der Europäischen Union beizutreten, war uns allen bewußt, daß damit auch die Richtlinien, die Gesetzesmaterie der Europäischen Union, zur Anwendung kommen werden. Das Projekt der Europäischen Union ist unter dem Stichwort „Binnenmarkt“ geführt worden, die Freiheit des Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs. Es war daher nur ein logischer Schritt, daß es in weiterer Folge zur Anwendung der Richtlinie betreffend die Liberalisierung des Strom-, Energiemarktes in Österreich kommen wird. Wir sind damit konfrontiert, daß wir einen Entwurf des Energieorganisationsgesetzes vorliegen haben, der dazu führt, daß bereits 2002, also in fünf Jahren, über 60 Prozent des Strommarktes, den die STEWEAG zu beliefern hat, liberalisiert sind. Mit anderen Worten, 65 Prozent dessen, was wir heute absetzen, können sich dann unter dem Begriff „zugelassener Kunde“ am freien Markt Stromlieferungen einkaufen.

Das Besondere an diesem Entwurf liegt darin, daß zum gleichen Zeitpunkt, nämlich im Jahr 2002, diese Maßnahme das Land Niederösterreich nur mit 3 Prozent und die Stadt Wien nur mit einem Prozent betrifft. Insgesamt wird die Beschlußfassung dieses Energieorganisationsgesetzes dazu führen, daß wir österreichweit eine Marktöffnung von 35,2 Prozent erreichen, auf die Steiermark bezogen werden es dann 70 Prozent sein.

Daher haben wir zur Sicherung des Unternehmens, zur Stärkung des Unternehmens, zur Sicherung der Arbeitsplätze – (Glockenzeichen. **Präsident:** „Herr Landesrat, ich bitte, Sie kurz zu unterbrechen, denn

ich muß die Damen und Herren im Zuschauerraum, die Transparente mitgebracht haben, ersuchen, diese Transparente zu entfernen. Es ist nach der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages unzulässig, Transparente hier zu präsentieren, ebenso wie es unzulässig ist, Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen durchzuführen. Die Geschäftsordnung sieht für das Zuwiderhandeln eine eindeutige Vorgangsweise vor. Ich bitte Sie also, sich danach zu richten. Bitte, Herr Finanzreferent!“) Danke, Herr Präsident. – bei der STEWEAG uns zu diesem Schritt, nämlich die Hereinnahme eines strategischen Partners, entschlossen und setzen eine Maßnahme, die, wie ich meine, einmalig ist in Europa, daß wir den Erlös dieser Hereinnahme des strategischen Partners in einem ersten Schritt nicht dem Landessäckel zuführen, sondern dem Unternehmen zur Strukturverbesserung und zur Erweiterung seiner gesellschaftlichen Aktivitäten belassen.

Diese Hereinnahme eines strategischen Partners in einem Ausmaß von 25 Prozent und einer Aktie stärkt natürlich ungemein die wirtschaftliche Position der Steirischen Energieholding und damit der angeschlossenen Unternehmen STEWEAG, Ferngas und Fernwärme.

Eine österreichische Lösung, weil das in den letzten Tagen immer wieder in den Medien diskutiert wurde, ist durch unser Vorgehen nicht ausgeschlossen, sondern im Gegenteil, wir können nahezu über 50 Prozent unserer Aktien verfügen. Ich gehe davon aus, daß die Maßnahme, die wir setzen, eine österreichische Lösung, von der immer wieder in den Medien berichtet wird, herbeiführen wird, ungeachtet dessen, daß ja der jetzige Zustand auch eine österreichische Lösung darstellt. Und zwar können wir diese Verpflichtungen mit anderen Landesgesellschaften kraft Vertragsvereinbarung ohne Zustimmung des strategischen Partners eingehen.

Ich bin überzeugt, daß diese strategische Partnerschaft uns helfen wird, unsere Position im südosteuropäischen Raum ganz erheblich zu stärken. Es ist das ein für uns wesentlicher Faktor.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß es ein EU-konformes Bieterverfahren gegeben hat, das heißt, daß es ein transparentes Ausschreibungsverfahren gegeben hat und daß es im Rahmen dieses Verfahrens zu keinerlei Diskriminierung eines Anbieters gekommen ist. Ein Punkt, der, glaube ich, sehr, sehr wesentlich ist und der in weiterer Folge auch von der EU zu bestätigen sein wird.

Daß das Verfahren äußerst professionell und in Rekordzeit abgewickelt wurde, darf nebenbei erwähnt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf hinzufügen, daß mit dem Ihnen vorgelegten Beschluß und mit einer allfälligen Beschlußfassung wir einen wesentlichen Baustein in der Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Steiermark legen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 14.19 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Paierl. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl (14.19 Uhr): Verehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Die Steiermärkische Landesregierung hat am Freitag letzter Woche einen Beschluß mit einer Landtagsvorlage gefaßt, der, wie wir meinen, noch rechtzeitig auf neue Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft Europas und somit auch Österreichs reagiert. Der Herr Beteiligungsreferent und Finanzreferent Kollege Ing. Ressel hat dies auch schon sehr deutlich angesprochen.

Es ist dies eine Entscheidung, die für den Standort Steiermark, und damit für alle Menschen unseres Landes, entscheidende Schienen in die Zukunft gelegt hat. Der Strukturwandel, insbesondere in den Bereichen Strom und Telekommunikation, ist in Österreich wirtschaftspolitisch überfällig.

Dieser Strukturwandel ist weder durch peinliche politische Interventionsversuche, und ich zitiere hier die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 18. Dezember, noch durch ein letztmaliges Aufbäumen beharrender Kräfte und zahlreicher Bedenkenträger abwendbar. Die „Zürcher“ titelt mit „wankenden Monopolbastionen in Österreich“ und bringt damit die Sache auch auf den Punkt. Die eine Möglichkeit, politisch, meine Damen und Herren, ist, die notwendigen Veränderungen einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen, sich selbst oder den anderen täglich einzureden, alles bleibt beim alten, mir san mir, und im Zweifelsfall sind die Ausländer, die EU, der Euro und der böse Atomstrom schuld – nachzulesen auch in den einen oder anderen bundeshauptstädtischen Zentralorganen dieser Politik, und ich meine auch Polemik, von denen sich neben den steirischen Medien auch die regionalen Vertreter dieser Zentralorgane wohlthuend abheben.

Der andere Weg ist im ersten Augenblick nicht immer populär – schon gar nicht populistisch. Er scheint am Anfang auch oft gar nicht mehrheitsfähig zu sein, aber er ist von Verantwortung geprägt. Dieser Weg erfordert Mut, Standfestigkeit, langen Atem, positives Denken und gestalterische Kraft, und hier können wir behaupten steirische Kraft. Schritte in die Zukunft zu tun, anstatt permanent in den Spiegel oder gar Rückspiegel zu schauen, den Willen haben, selbst mitzugestalten, das stärkt eine Region, das stärkt ein Land und die Menschen. Es macht es so stark, daß es seine Identität, seine Eigenständigkeit und seine Unverwechselbarkeit nicht aufgeben muß. Die Steiermark hat in der Vergangenheit mit großen Firmenzusammenbrüchen und bitteren Arbeitsplatzverlusten Bekanntheit gemacht und weiß daher besser als andere in Österreich, was das zu späte Reagieren auf Veränderungen kostet. Wir haben nach härtesten Prüfungen, insbesondere auf exponierten Auslandsmärkten, und 80 Milliarden Schilling sind mehr als ein Drittel der steirischen Wertschöpfung und sind dort gefordert, aus diesen Erfahrungen gelernt. Und was das Wichtigste ist: Wir haben die Innovationsangst abgelegt. (Beifall bei den Grünen.) Wir haben damit eine Stärke erreicht, die uns seit 1995 wirtschaftspolitisch auf Überholkurs fahren läßt. Wir haben heuer die besten Wirtschaftsdaten Österreichs. Und trotzdem, der Strukturwandel geht weiter – in bestimmten Bereichen heftiger und mit größerem Tempo als bisher. Betroffen ist heute vor allem der Dienst-

leistungssektor, denn die produzierenden Bereiche – Hightech – sind sehr gut geworden.

Das Motto des Wandels lautet hier: Von der Versorgungswirtschaft zur verstärkten Kundenorientierung. Der Wettbewerb macht auch nicht vor den Amtsstuben der Behörden halt. Denn das Verfahrensservice, die Frage des Tempos und der Freundlichkeit sind zu entscheidenden Kriterien im internationalen Wettbewerb der Standorte geworden. Norbert Geldner, ein überaus kritischer Analytiker der Steiermark aus dem WIFO, und das seit Jahrzehnten, postuliert, ich zitiere: Die Stärke einer Region kommt nicht aus den Beständen, sondern aus den Potentialen. Um dieses Potential nützen zu können, brauchen wir starke steirische Unternehmungen mit besten internationalen Kontakten und Partnern. Und ein derartiges ist die Energie Steiermark. Auch die Energie Steiermark, wenn sie erfolgreich bestehen will und nachhaltig bestehen will, muß neben der Verteidigung der Inlandsmärkte Strategien zur Erschließung neuer – auch ausländischer – Geschäftsfelder anwenden, und Gott sei Dank tut sie es in Ansätzen bereits sehr erfolgreich. Fehlt die Möglichkeit, dies zu tun, ist die Lebensfähigkeit dieser Strukturen akut gefährdet. Die Energie Steiermark hat den Willen und, so behaupten wir, nun die Möglichkeit, neue Märkte und neue Kunden zu erobern, und das in einer Zeit, in der Monopole nicht mehr zu halten sind. Ich behaupte, sie sind auch gesellschaftspolitisch bedenklich und teilweise unerwünscht. Sie haben zu einer eklatanten Marktverzerrung geführt und den geschützten Sektor gegenüber dem ungeschützten ungerechtfertigt bevorzugt. Deregulieren ist daher keine einseitige, etwa gar parteipolitische Aufgabe, sondern eine gesellschaftspolitische Pflicht geworden. Eine, die aber auch nicht übersieht, daß es auf den freien Märkten nicht nur alles heilende Kräfte gibt. Der Strommarkt, die Energiewirtschaft, ist durch physikalisch-technische, aber auch durch politische Rahmenbedingungen trotz größter Fortschritte immer noch ein Bereich der Regulierung, etwa die Versorgungspflicht für entlegene Gebiete oder auch die Tarifierung nach sozialen Gesichtspunkten.

Aber, meine Damen und Herren, die Energiewirtschaft braucht mehr denn je klare und faire Rahmenbedingungen, nicht Gesetzesvorlagen, in denen sehr deutlich zum Ausdruck kommt, daß die Verfasser, Eigentümervertreter und Aufsichtsräte – namentlich – eines Unternehmens sind, das auf den neuen Energiewettbewerbsmärkten als Konkurrent auftritt. Daher fordern wir unmißverständlich, im Energie- wie im Telekombereich einen unabhängigen Regulator einzusetzen und diesen von den Eigentümerfunktionen – auch für teilstaatliche Unternehmungen – zu trennen.

Meine Damen und Herren, wenn wir in der Steiermark das Errungene, von dem gerade die Rede war, verteidigen und das vor uns Liegende besser bewältigen wollen, dann müssen wir die Effizienz unserer Dienstleister stärken, dann müssen wir ihre Produktivität erhöhen und vor allem unternehmerische Gestaltungs- und Konzernstrukturen und -kulturen im Land erhalten und aufbauen. Es ist nämlich auch schon einiges abgewandert, wie Sie wissen. Das ist übrigens eine Forderung, die der

WIFO-Leiter, Helmut Kramer, seit Jahren im Rahmen der konjunkturpolitischen Gespräche in der Steiermark für unser Land erhebt. Energie- und Telekomdienstleistungen sind zu den wichtigsten Standortfaktoren geworden, sowohl für die Erhaltung als auch für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Hohe Energie- und Telekomkosten gefährden den Standort Österreich und Steiermark, die Unternehmen und damit auch attraktive Arbeitsplätze.

Lassen Sie mich nun zu einzelnen, in den letzten Tagen aufgeworfenen und auch in den Medien durchaus kontraversiell diskutierten Fragen aus meiner Sicht Stellung nehmen: Zur Diskussion über die angeblichen Atomstromimporte. In der Vereinigung der Stromproduzenten und Stromtransporteure in Europa, der UCPTE, ein etwas technischer und ungeschickter Begriff, dem größten Verbundnetz der Welt, das maßgeblich vom ehemaligen Generaldirektor der Verbundgesellschaft, Fremuth, aufgebaut und noch nach seiner Pension als Generaldirektor von Wien aus geführt wurde, stellen sich die Lastflüsse auf Grund der physikalischen Gesetze ein. Die Physik, meine Damen und Herren, läßt sich durch kaufmännische oder rechtliche Vereinbarungen nicht beeinflussen. Daher werden in Wirklichkeit kaum größere Strommengen, das wissen Sie, über lange Distanzen transportiert, sondern gelangen nur bis zum jeweils nächsten Verbraucherschwerpunkt. Man kann daher generell davon ausgehen, daß der Strom für einen Kunden, ob groß oder klein, überwiegend aus jenen Kraftwerken, und so ist es die Materie, zu dem Zeitpunkt, wo der Verbrauch stattfindet, muß ein Kraftwerk laufen, stammt, die in seiner Nähe liegen. Je weiter ein Kraftwerk von den Märkten, von den Verbrauchern, den Kunden, entfernt ist, desto weniger wird es zu dessen Versorgung als Lieferant beitragen können. Es läßt sich daher eindeutig festhalten, daß eine strategische Beteiligung der EdF an der ESTAG mit Sicherheit nicht dazu führen wird, daß in Frankreich erzeugter Strom bis in die Steiermark kommt, selbst dann nicht, wenn für die ESTAG in einem liberalisierten Markt ab 1999 die Möglichkeit bestünde, aus dem europäischen Markt ihren zusätzlichen Strombedarf, den sie derzeit mit der Verbundgesellschaft kontrahiert, zu decken. Daher ist es auch für die EdF einfach, schriftlich festzuhalten, und das ist passiert, daß eine direkte Belieferung der Steiermark und auch Österreichs aus französischen Kraftwerken nicht stattfinden wird.

Meine Damen und Herren! Es wird in Österreich auf Grund, und lassen Sie mich da auch durchaus ein persönliches Bekenntnis ablegen, der Volksentscheidung von 1976 schon rein rechtlich kein Kernkraftwerk geben können, und ich füge persönlich hinzu, es wird auch kein Bedarf nach dieser veralteten Technologie und gestrigen Energiestrategien bestehen.

Weder die steirische Energiepolitik, noch die Wirtschaftspolitik, noch die STEWEAG als Unternehmen, die ESTAG muß daher auch nur einen Millimeter oder einen Beistrich ihrer Satzungen abändern oder davon abweichen. Darin ist klar das Ziel verankert, die heimischen Energieproduktionen zu bevorzugen.

Bauen wir daher konkurrenzfähige Kraftwerke aus heimischer Biomasse etwa, bauen wir wirtschaftliche Wasserkraftwerke und ersparen wir uns damit hohe Leitungskosten und Transportverluste. Nützen wir das Potential der EdF, das ganz konkret am Tisch liegt, in den Sektoren der erneuerbaren Energie und der Energiedienstleistungen, die es ja sein werden müssen, und hier insbesondere die Kooperationsfelder Wasserkraftressourcen und Biomasse, aus. Reaktivieren wir etwa das vom STEWEAG-Vorstand auf Grund drohender Unwirtschaftlichkeit eingestellte Biomassepilotprojekt TINA, eine thermodynamische, innovative, nicht nukleare Anlage.

Ein zweiter Punkt der Diskussion war der „Ausverkauf ins Ausland“. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, ist das Ausverkauf, wenn österreichische Banken, Medienhäuser – übrigens herzliche Grüße an den Steirer Hans Dichand –, die Post, die OMV – übrigens Österreicher mit Verantwortung, wie es die Werbung sagt – strategische, internationale Partner zur Stärkung ihrer unternehmerischen Wettbewerbsposition holen? Ich behaupte, nein!

Und so trete ich auch dem möglichen Vorwurf entgegen, daß das Land Niederösterreich oder die Republik Österreich – der Bund – schon vor Jahren mit der 49prozentigen Veräußerung von Aktien an ihren Energiegesellschaften einen Ausverkauf an das Ausland betrieben hätten, denn ein großer Anteil der Aktien befindet sich nachweislich in ausländischen Händen. Die Doppelbödigkeit mancher Äußerungen und Argumente dieser Tage wird damit offenkundig.

Für mich persönlich ist es die schlimmste Form des Ausverkaufes, wenn Märkte, Potentiale, von denen wir sprechen, und Entwicklungen permanent falsch eingeschätzt werden, unverantwortlich dilettiert wird, politisch interveniert wird, bis man dankenswerterweise dann zu spät von Ausländern übernommen wird beziehungsweise übernommen werden muß. Beispiele haben wir auch in Österreich und in der Steiermark genug.

Ich bedauere es auch, sagen zu müssen, den nationalen Konsens um eine wirkliche österreichische Lösung im Energiebereich gibt es bislang nicht. Es ist der Frau Landeshauptmann zu danken, daß sie heute einen weiteren Anlauf unternommen hat, zumindest auf Bundesländerebene, mit einem sehr konstruktiven Vorschlag eine Energie Österreich auf Länderebene zu schaffen und – anteilig der Bevölkerungszahl – Aktien dort einzubringen.

Die zentralistische Strategie will bisherige Monopolmärkte zu möglichst günstigen Bedingungen übernehmen – reine Tech-over-Konzepte, an friendly Tech-over-Konzepte – und hat bedauerlicherweise nur ein einziges Bedrohungsszenario bereit, nämlich ein drastisches Rationalisierungs- und Struktur Anpassungsprogramm. Und rationalisiert wird erfahrungsgemäß – bitte legen Sie sich die Zeitungen dieser Tage vor im Falle Bank Austria/CA – beim Übernehmen. Das ist kein Vorwurf in Richtung des Managements, sondern das ist dann eben so notwendig.

Vergleichen Sie die Eigenständigkeit etwa der Steg vor und nach der mehrheitlichen Aktienübernahme durch die Verbundgesellschaft im Jahr 1992. Der Vorstand wird zum quasi Statthalter der Konzern-

zentrale. Wichtige Steuerungsfunktionen und Kompetenzen werden abgezogen. Das bedeutet dann einen Verlust bei Wertschöpfung und Kaufkraft in den betroffenen Regionen.

Der föderalistisch dezentrale Ansatz hat nur dann eine Chance – auch das muß man zugeben –, wenn er sich zur Partnerschaft mit Stärkeren entschließt und dabei eine selbstbewußte, intelligente Form der Kooperation findet und auch den richtigen Partner findet.

Ich behaupte daher, die Steiermark hat mit diesem Schritt der Partnerschaft zwischen ESTAG und EdF den ersten Schritt zur Erreichung des wohl wichtigsten landespolitischen Zieles erreicht: „Eigenständig, steirisch und Vorbild für ein ertragsstarkes, effizientes Energie- und Umweltdienstleistungsunternehmen zu sein.“

Ich meine auch, daß uns Wortmeldungen einiger Zentralisten nicht stören sollten. Sie sollten uns eher bestärken, da sie uns beweisen, daß uns – und schauen Sie sich nur die Wortmelder an – mit der ESTAG etwas Beneidenswertes gelungen ist.

In einer Art Provinzialisierungsfalle stecken jene, die nicht erkennen, daß wir in unserer wirtschaftsgeographischen Lage der Steiermark und nach drei Jahren des EU-Beitritts keine künstlichen Zäune errichten können.

Wir werden, wie bisher, unsere stets bekundete Bereitschaft für innerösterreichische Kooperationen im Sinne einer modernen Interregionalisierung bekunden. Auch hier wiederum der Verweis auf den heutigen letztmaligen, aber sicher nicht letzten, Vorschlag der Frau Landeshauptmann und der Steiermark. Wir werden stets – wie bisher – für partnerschaftliche österreichische Lösungen offen sein, aber im Geiste der Kooperation, und nicht der Subordination.

Mit Selbstvertrauen, jedoch nicht mit Selbstherrlichkeit sind derartige Partnerschaften – selbst bei Standortkonkurrenzen, die ganz natürlich sind – möglich.

Aber: Natürlich sind Haltungen, die steirischen Interessen widersprechen – wie etwa in der Frage der neuen Südbahn mit Semmering, Koralm und all den Elementen oder auch in der Frage der weststeirischen Braunkohle – für diese tragfähige Form eines nationalen Konsenses mit entscheidend.

Abschließend zu den Verlierern: Die Stärke und Agilität der letzten Tage hätte man sich in der Angebots- und Verhandlungsphase gewünscht. Ich glaube, das können auch die verantwortungsvollen Verhandler, die hier im Zuschauerraum sind, bezeugen. Da sage ich nur eines, wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte.

Lassen Sie mich mit dem ausdrücklichen Dank an all jene schließen, die mitgeholfen haben und dafür verantwortlich sind, daß die Steiermark diese Chance einer Stärkung erhält. An vorderster Stelle die Frau Landeshauptmann mit der gesamten Landesregierung und namentlich auch der Herr Finanzlandesrat Kollege Ing. Hans-Joachim Ressel als zuständiger Beteiligungsreferent.

Darüber hinaus bedanke ich mich ausdrücklich bei beiden verantwortlichen Vorständen der ESTAG, Dr. Norbert Ertler und Mag. Werner Heinzl, für ihre

Verhandlungsführung, den Aufsichtsräten Dr. Hofer, Dr. Held, Dr. Krünes – lauter gestandene Menschen, die unternehmerisch in diesem Land Verantwortung tragen und auch ihrer Verantwortung im Aufsichtsrat zu 100 Prozent gerecht geworden sind –, den Mitarbeitern der Beratergruppe mit Benson an der Spitze und dem gesamten Beraterstab auf Regierungsebene.

Ich danke aber auch als Wirtschaftsreferent jenen steirischen Medien, die sehr frühzeitig erkannt haben, worum es hier wirklich geht.

Meine Damen und Herren, Faktum ist, was Josef Riedler, der nicht sehr oft zur Feder greift, als Chefredakteur der „Neuen Zeit“ in einem seiner jüngsten Leitartikel festhält, „daß die Entscheidung in der Steiermark gefallen ist, und nicht in Wien, wird als Machtverlust empfunden, und dies nicht zu Unrecht.“ Zitat Ende.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 14.38 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag. Bleckmann das Wort.

Abg. Mag. Bleckmann (14.38 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Wir haben heute eine Premiere in diesem Hause, es sprechen zwei Regierungsmitglieder zur Einbringung eines Landtagsstückes, und wir werden dann oder Sie werden dann auch in der Folge über 5,6 Milliarden zu entscheiden haben. Das ist sehr wohl eine Premiere in diesem Hause. Hier geht es um „strahlende“ Geschenke, die hier unter den Weihnachtsbaum gelegt werden. Ich weiß nicht, ob Sie sich so darüber im klaren sind. Und diese „strahlenden“ Geschenke werden nicht unter dem Weihnachtsbaum des Landes Steiermark liegen, sondern diese „strahlenden“ Geschenke werden unter dem Christbaum der ESTAG liegen. Deshalb haben die Herren in ihren Augen auch sehr gut verhandelt, denn das Geld wird ausschließlich dort bleiben.

Und da frage ich schon, und jetzt direkt eingehend auf den Herrn Landesrat Ressel, die österreichische Lösung, wie wir es auch immer wieder gehört haben, ist nicht ausgeschlossen. Wie soll diese Lösung noch möglich sein? Über 50 Prozent der Aktien sind noch zur Verfügung. Da ist nur die Frage, wie sich das mit dem EWOG, dem neuen Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz, auswirken wird, wo drinnen steht, daß man 50 Prozent und eine Aktie behalten wird müssen? Wenn dieses Gesetz vom Bund beschlossen wird, dann können wir nur noch über 25 Prozent verfügen. (Landesrat Ing. Ressel: „Irrtum – innerhalb des 51-Prozent-Anteiles kann man zwischen den Ländern austauschen!“) Sie haben vorher davon gesprochen. Jetzt lassen Sie bitte mich reden. Sie können sich dann wieder melden. Es steht nur leider in diesem Gesetz so drinnen. (Landesrat Ing. Ressel: „Es ist falsch, es tut mir leid!“), und ich kann auch nichts dafür, das machen ja Ihre Regierungskollegen im Nationalrat. Das ist halt der Punkt. Das machen Ihre Kollegen, und Sie machen hier etwas, was nicht mit den Kollegen im Bund abgesprochen ist. Aber bitte,

das ist die Art und Weise, wie Sie hier argumentieren. Wenn der Kollege Paierl sagt, die Vereinbarungen liegen klar am Tisch, dann frage ich, wo liegen die Vereinbarungen klar am Tisch? Es ist ja dem Landtag nicht einmal vorgelegt worden, wie die einzelnen Verträge wirklich ausschauen. Ich habe gedacht, vielleicht liegen jetzt bei der Einbringung mehr Informationen dabei. Wir haben das jetzt auf den Tisch bekommen, aber es gibt nicht mehr Unterlagen, nicht genauere Unterlagen, um wirklich über den Verkauf entscheiden zu können. Wir kennen die Verträge nicht. Es steht nirgends, in keinem einzigen dieser Punkte, und es konnte auch in keinem Vertrag gelesen werden, daß wir wirklich die Zusicherung haben, daß kein Atomstrom zu uns kommen wird. Wie wollen Sie das denn wirklich sicherstellen, daß es hier in der Steiermark keinen Atomstrom geben wird? Wie wollen Sie das sicherstellen? Da können Sie sich doch hier nicht hinstellen und sagen, das ist gesichert. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Magda, hast du geschlafen?“) Ich habe dir zugehört. Ich habe dir sehr genau zugehört. Du hast gesagt, die Vereinbarungen liegen klar am Tisch. Dann zeigt uns die Vereinbarungen. Wir kennen diese Vereinbarungen nicht. Und wenn hier gewollt wird, daß seriös und ernst darüber auch hier bei uns im Haus abgestimmt werden kann, dann bitte legen Sie doch die Vereinbarungen vor. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wo warst du in der 2. Klasse Mittelschule in Physik?“) Ich habe nicht nur die 2. Klasse Mittelschule besucht, ich habe auch bei meinem Betriebswirtschaftsstudium aufgepaßt. (Abg. Dr. Flecker: „Da muß man mehr Betriebswirtschaft studiert haben als Sie, denn das verstehen Sie nicht!“) Und da erklären Sie mir jetzt auch zum nächsten Punkt, wie soll das Land Steiermark dann auch wirklich zu seinen Geldern kommen, wenn jetzt all die 5,6 Milliarden Schilling, die angeblich jetzt dann zur ESTAG kommen, dort auch drinnen bleiben? Wie soll je das Land Steiermark zu irgendwelchen Geldern kommen?

Sie wissen auch sehr genau, daß das sehr schwierig sein wird, denn es muß an die Börse gegangen werden. (Abg. Dr. Flecker: „Börse!“) Richtig, es muß an die Börse gegangen werden. Lieber Kollege Flecker, meine Meinung basiert auch nicht auf dem, was ich erfunden habe, sondern ich befrage auch Experten dazu. Ich habe am Wochenende sehr viel mit Professoren auch telefoniert und sie gefragt, ob ich da jetzt richtig liege. Die haben sehr wohl gesagt, es wird nie mehr möglich sein, soviel Geld jemals wieder bei einem Börsengang, wenn das Land Steiermark dann die restlichen Aktien, die es hat, verkaufen will, zu lukrieren. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Kannst einen Namen dazu nennen?“) Den kann ich dir gerne nennen. Der, der für dich auch schon Gutachten geschrieben hat. Auch diese überhastete Vorgangsweise, die Sie hier an den Tag legen, stinkt zum Himmel. Die Regierung entscheidet innerhalb von drei Tagen. Der Landtag soll innerhalb von fünf Tagen diese Verkaufsunterlagen durchstudieren, obwohl wir wissen, es liegt ja nicht alles vor, und dann entscheiden, ob das jetzt für die Steiermark eine richtige Entscheidung ist, die hier getroffen wird. Ich glaube, daß das schlicht und einfach zu kurz ist, um hier auch wirklich eine seriöse Entscheidung treffen zu können. Sie werden sagen, naja, ob das wirklich die

richtige Entscheidung war, das werden wir eh erst in fünf, sechs Jahren wissen. Nur, dann kann es zu spät sein. Für uns ist das eine Husch-Pfusch-Vorgangsweise, die Sie hier an den Tag legen, um möglichst schnell mit möglichst viel Druck, damit ja keiner mehr abspringt, damit der Druck aus Wien nicht groß genug werden kann, den Verkauf noch über die Bühne bringen zu können. Auch deshalb jetzt in der Landtagssitzung die Einbringung, die Unterbrechung und dann die stattfindende Ausschußsitzung und dann anschließend wieder die Landtagssitzung, um möglichst schnell alles über die Bühne bringen zu können.

Ich frage Sie als zweiten Punkt, als dritten Punkt, der zweite Punkt ist ja schon das Wissen um die Verträge, daß es hier viele Informationen geben müßte, die uns aber nicht vorgelegt werden, als dritten Punkt der Atomstrom. Die Kollegin Karisch hat ja immer sehr maßgeblich auch mitverhandelt mit Krško, daß wir hier zu einer Schließung des Atomkraftwerkes kommen. Wir machen uns in unserer Antiatompolitik schlicht und einfach unglaublich, wenn wir uns jetzt hier einkaufen lassen von einem Atomriesen, der die Beteiligung an der ESTAG haben wird. Wenn wir uns hier einkaufen lassen und dann sagen, naja, aber die Atompolitik ist nicht gefährdet, dann ist diese Argumentation lächerlich. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich bin als vierter Punkt nach wie vor der Meinung, und das wird sich leider bewahrheiten, daß wird das Geld in der Steiermark, im Land Steiermark, nicht sehen werden. Das wird ein großes Problem sein. Es hat ja immer für das Sonderinvestitionsprogramm geheißen, es werden die Privatisierungserlöse von der Energieholding oder damals noch von der STEWEAG in das Sonderinvestitionsprogramm kommen. Das haben Sie aber nicht vor, sondern es soll alles im Unternehmen bleiben. Und das ist die Frage. Wenn es dann zu den großen Preiskämpfen kommen wird, ob hier dieses Geld dann überhaupt noch vorhanden sein wird, ob wir je, irgendwann einmal, das wieder lukrieren können. Wir glauben das leider nicht. Hier muß ich sagen, leider, dieses Geld wird uns einmal abgehen und sehr stark abgehen vor allem für das Sonderinvestitionsprogramm. Ich bin schon sehr gespannt, wie das Sonderinvestitionsprogramm finanziert werden soll, wenn frühestens im Jahr 2000 dann vielleicht einmal Aktien verkauft werden sollen und vielleicht an die Börse gegangen wird. Wir haben ja auch den Herrn Landesfinanzreferenten dazu gefragt, gibt es denn langfristige Strategien? Wir werden es noch einmal tun in der dringlichen Anfrage, damit wir das dann auch dort genauer hören. Bis jetzt hat es geheißen, naja, wir werden schauen, wie sich das so weiterentwickelt. Wenn ich heute und jetzt keine langfristige Strategie habe, wie es bei uns mit der Energiepolitik weitergeht, dann sage ich, schade um unsere Energiepolitik, die Sie hier an den Tag legen, die ist damit nämlich zu Grabe getragen.

Als letzter Punkt: Warum, und da hoffe ich, daß mir das irgendwann einmal einer erklärt, zahlen denn die Franzosen 5,6 Milliarden Schilling für diese ach doch so marode STEWEAG und Energieholding, wie es immer geheißen hat? Sie haben gesagt, das ist ein Sanierungsfall, wenn wir hier nicht einen starken Partner kriegen, und um das ganze stark zu machen,

brauche ich diesen Partner. Warum zahlt denn jemand soviel Geld? Der macht das doch nicht, weil die Herren, die verhandelt haben, so lieb und so nett sind und weil die Steiermark ein so schönes Bundesland ist. Die haben sich doch damit etwas eingekauft. Die haben sich damit Rechte ausverhandelt. Nur das kann auch der Grund sein, warum Sie uns diese Verträge nicht zukommen lassen wollen, damit wir nicht sehen, was dort wirklich drinnen steht.

Weil die Franzosen werden nicht so dumm sein, einen überhöhten Preis zu zahlen und dann zu sagen, aber dafür werden wir hier nirgends mitreden und nirgends entscheiden. In Teilen steht es bereits in der Vorlage schon drinnen, sie werden über die Geschäftsordnung mitbestimmen. Die Franzosen werden über die Budgetpolitik mitbestimmen in der Energieholding und in der ESTAG, und sie werden auch die gesamte Geschäftspolitik mitbestimmen. Wenn Sie dann noch sagen, sie werden nicht nur mitbestimmen, sondern sie haben das Zustimmungsrecht, dann heißt das, ohne Franzosen wird nichts gehen, und ohne Franzosen wird bei uns in der Energiepolitik, und Energiepolitik ist halt noch Wirtschaftspolitik, nichts mehr gehen, und ohne Franzosen werden bei uns auch keine Investitionen mehr getroffen werden. All das steht da drinnen und wahrscheinlich in den weiteren darüber hinausgehenden Unterlagen noch um vieles mehr, was sich die Franzosen ausverhandelt haben für dieses viele Geld. Wir sehen nicht ein, daß wir die gesamte steirische Energiepolitik, die gesamte steirische Wirtschaftspolitik in einem Husch-Pfusch-Verfahren, wie Sie es jetzt schon wieder an den Tag legen, daß wir unsere steirische Energiepolitik den Franzosen überlassen. Da spielen wir nicht mit. (Beifall bei der FPÖ. – 14.48 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich als nächste Rednerin die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (14.49 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Leute im Zuschauerraum!

Das ist das erste Mal, daß wir, seit ich Landtags-erfahrung habe, ein Energiestück diskutieren, daß hier mehr als zwei oder drei Landesräte anwesend sind. Ich habe den Eindruck gehabt bei den Wortmeldungen des Herrn Landesrates Ressel, der uns eine delikate Einführung ins EU-Recht gegeben hat, und des Herrn Landesrates Paieryl, der die heilenden Rahmenbedingungen der freien Märkte ziemlich eloquent, wenn auch schriftlich vorgefertigt, uns präsentiert hat, als würden uns diese beiden für diese Transaktion zuständigen Landesräte verkaufen wollen, daß die EdF in der Steiermark einsteigt, um uns Croissants anzubieten.

Und bei diesem Bild der Croissants möchte ich deswegen bleiben, weil die politischen Vorgaben, die da gemacht werden, dermaßen intransparent sind, dermaßen wenig nachvollziehbar sind und auch dermaßen fernab jeglicher demokratiepolitischen Entscheidungsgrundlage sind, daß die einzige Interventionsmöglichkeit, die wir heute im Landtag haben, die sein kann, daß wir eine namentliche

Abstimmung durchführen. Ich möchte von jedem Kollegen und jeder Kollegin hier im Landtag hören, ob sie sich mit ihrem Ja dafür ausspricht, daß die EdF in der Steiermark einsteigt. Der Landesrat Paieryl spricht immer vom Automobilcluster und – weniger intensiv und herzlich, aber je nach Publikum – manchmal auch vom Ökocluster. Ich habe jetzt den Eindruck, daß er sich für einen Atomcluster in der Steiermark engagieren möchte. Ich glaube, dieses Ja zu einem Atomcluster in der Steiermark, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, möchten wir – der Martin Wabl, die Madeleine Petrovic, der Andreas Wabl, die Gudrun Haberl und die anderen Anwesenden im Zuschauerraum beziehungsweise auch die Leute in der Steiermark, die heute über diese Sondersitzung erfahren werden – von jeder und jedem persönlich hören. Ob Sie sich gegen Ihre regionale, dezentrale Stromversorgungsstruktur aussprechen, ob Sie sich dagegen aussprechen, daß in der Steiermark endlich einmal Aktivitäten im Bereich Alternativenergie gesetzt werden, die über das hinausgehen, was der Herr Landesrat Pörtl durchsetzt mit seiner Regierungskompetenz. Er hat es geschafft, 30 Millionen Biomasseförderung rauszuholen vom Bund, 30 Millionen, die überhaupt erst ab dem Jahr 1999 getätigt werden können.

Der Landesrat Paieryl hat auch festgehalten, daß dieses Verfahren, wie er es nennt, in Rekordzeit abgewickelt wurde. Rein vom Betriebswirtschaftlichen und aus Sicht des zuständigen Unternehmens mag das wohl stimmen, daß man da EU-konform vorgegangen ist und den Bestbieter natürlich so definiert hat, daß ausschließlich banale und sehr, sehr verkürzte marktwirtschaftliche Kriterien zur Geltung kommen.

Sie wissen sehr genau, daß die Kompetenz von der Electricité de France International darin liegt, daß sie in China das Atomprogramm forciert, daß die Electricité de France natürlich an Mochovce massiv beteiligt ist, daß die Electricité de France am Euroreaktor beteiligt ist.

Sehr geehrter Herr Technologie-, Struktur- und Innovationslandesrat und sehr geehrter Herr Landesvertreter Ressel in dieser Agende, welchen Technologieschub erwarten Sie sich von einem Unternehmen mit dieser Art von Profil? Welche Art von innovativer Politik, welche Art von Technologie- und Know-how-Transfer wird die EdF (Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl: „Biomasse!“) in der Steiermark anbieten? Der Landesrat Paieryl sagt hinter mir, Biomasse. (Landesrat Pörtl: „Selbstverständlich!“) Sie wissen sehr genau, daß die EdF in Frankreich Miniaturprojekte hat im Solarbereich und diese Projekte in letzter Zeit abgedreht wurden.

Herr Landesrat Paieryl, Sie waren 1980 – ich habe das Blatt leider nicht da, der Martin Wabl hat es in der Hand, ich bringe es bei der Dringlichen – die Zustelladresse für „Antiatom Steiermark“. Und der gleiche Mensch, der damals mit anderen zusammen eine der Schlüsselfiguren war, der zusammen mit Grünen – Andreas Wabl sitzt da, Madeleine Petrovic sitzt da, Martin Wabl sitzt da –, wobei ich davon ausgehe, daß die Grünen da federführend waren und die ÖVP sich mit dem Landesrat auf diese Agenden draufgesetzt haben, Sie haben damals, 1980, zumindest Versuche gemacht, die Steiermark und Österreich in Richtung

keine Annäherung an Atomenergie zu führen. Das, was Sie jetzt anbieten, Herr Landesrat Paiarl, ist der Weg, freie, heilende Rahmenbedingungen der freien Märkte für einen Atomcluster Steiermark.

Das ist der erste Punkt, und der zweite Punkt: Es hat Gott sei Dank in den letzten Tagen zahlreiche Interventionen gegeben von Aktivisten und Aktivistinnen, aus dem Solarbereich, aus dem Biomassebereich, aus dem Antiatombereich, und diese Interventionen sind allen Klubs zugestellt worden. Ich habe jetzt das Gefühl, daß blitzartig und für mich absolut durchschaubar von den einzelnen Fraktionen Anträge eingebracht werden, die in Richtung Biomasseförderung gehen, die in Richtung Solartechnologien gehen. Diese Anträge sind eine peinliche Augenwischerei, wenn man vergleicht, wie diese 5,6 Milliarden Schilling investiert werden.

Diese 5,6 Milliarden Schilling, sehr geehrter Kolleginnen und Kollegen, werden nämlich dazu investiert, um die Steiermark zum Missing link zwischen westeuropäischen und osteuropäischen Atomkonzernen zu machen. Diese Gelder werden zu einem guten Teil investiert werden, um das Hochspannungsnetz so auszubauen, daß die Steiermark tatsächlich das wird, was in dieser peinlichen Regierungsvorlage drinnen steht, nämlich – es ist ein verdächtiges Wort – zum Nukleus der österreichischen Aktivitäten der EdF, also zum Kern der Aktivitäten von einem Atomenergiekonzern, der auch menschenrechts- und sozialpolitisch ein dramatisch miserables Profil hat.

Ich finde das Vorgehen von den beiden Landesräten und auch die Art der Begründung, die sie angeboten haben, absolut nicht nachvollziehbar. Ich finde es auch nicht nachvollziehbar, daß sie hergehen und so tun, als ob irgendeine Art von tatsächlicher Innovation oder irgendeine Art von moderner Politik mit dieser Kooperation – ESTAG, Land Steiermark und EdF – gegeben sein wird.

Ich kann nur hoffen, daß bei der namentlichen Abstimmung der eine oder die andere Abgeordnete sich doch überlegt, für eine regionale Versorgungsstruktur und gegen einen Atommulti zu stimmen. Ich kann nur hoffen, daß unser Antrag auf Abhaltung einer Volksbefragung zu diesem Thema von möglichst viel Leuten von Ihnen unterstützt wird. Wir haben die ausreichende Zahl noch nicht zusammen. Ich kann nur hoffen, daß die Landesregierung und der Landtag den Steirerinnen und Steirern dieses atomare Weihnachtsgeschenk nicht machen wird. Danke schön! (Beifall im Zuschauerraum. – 14.57 Uhr.)

Präsident: Nachdem ich annehme, daß die Damen und Herren im Zuschauerraum auch weiterhin hier verweilen wollen, bitte ich Sie noch einmal – ich bitte Sie ausdrücklich –, die Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zu respektieren und Mißfallens- und Beifallskundgebungen zu unterlassen. Ich danke Ihnen.

Der Abgeordneten Zitz darf ich sagen, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung bereits im Präsidium eingelangt ist und daß wir diesem Antrag dann entsprechen werden, wenn nach der Sitzung des Finanz-Ausschusses eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder des Landtages überhaupt be-

schließt, daß das Stück auf die Tagesordnung kommt, denn dann kann es erst endgültig beraten werden, und dann kann man auch zur namentlich Abstimmung selbstverständlich kommen. Ich sage das nur, damit Sie nicht glauben, daß das nicht respektiert wird.

Nunmehr hat sich zu Wort gemeldet der Herr Landesrat Ing. Ressel.

Landesrat Ing. Ressel (14.58 Uhr): Danke, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich will nur darauf hinweisen, daß im Rahmen der bisherigen Debatte eine Reihe hochinteressanter Fragen gestellt worden sind und daß ich daher von dem Recht Gebrauch mache, die Beantwortung dieser Fragen im Finanz-Ausschuß vorzunehmen.

Ich danke Ihnen. (14.58 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen mit, daß eine dringliche Anfrage der FPÖ und der Grünen eingebracht wurde, und zwar an den Herrn Landesrat Ing. Ressel, betreffend ESTAG.

Diese dringliche Anfrage hat die gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung. Gleichzeitig wurde die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Die Behandlung dieser dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des Paragraphen 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls und auf alle Fälle aber spätestens um 17 Uhr beginnen.

Ich unterbreche nun die Landtagssitzung für die Dauer des Finanz-Ausschusses, jedoch bis längstens fünf Minuten vor 17 Uhr, also 16.55 Uhr, damit wir allenfalls mit der Dringlichen rechtzeitig beginnen können.

Ich ersuche die Mitglieder, sich in den Rittersaal zu begeben. Die Sitzung ist unterbrochen. (Unterbrechung der Sitzung von 14.59 Uhr bis 16.13 Uhr.)

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und teile dem Hohen Hause mit, daß der Finanz-Ausschuß die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 684/1, betreffend Genehmigung des Abschlusses eines Unternehmensbeteiligungs- und Syndikatsvertrages des Landes Steiermark mit der Electricité de France International SA, beraten hat und nunmehr antragstellend berichten kann.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, den Bericht des Finanz-Ausschusses, Einl.-Zahl 684/1, auf die Tagesordnung zu setzen.

Gemäß Paragraph 27 Absatz 5 der Geschäftsordnung ist hierfür die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich bitte Sie jetzt, meine Damen und Herren, diese Abstimmung präzise vorzunehmen, gemeinsam mit mir, damit man die Anwesenden zuerst feststellen kann, dann die Dafürstimmenden und dann die Dagegenstimmenden, um die Zweidrittelmehrheit festzustellen.

Wenn Sie daher meinem Vorschlag zustimmen, das Stück auf die Tagesordnung zu nehmen, dann ersuche ich jene Damen und Herren, die diesen Punkt auf die Tagesordnung nehmen wollen, dies durch ein Zeichen mit der Hand zu bekunden und die Hand bitte eine Zeitlang oben zu lassen.

Es sind 38 Damen und Herren Abgeordnete für diesen Vorschlag.

Ich bitte jetzt um die Gegenprobe.

Es sind zwölf Damen und Herren Abgeordnete (Abg. Vollmann: „Ich habe nur elf gezählt!“) – ich korrigierte mich und danke den genauen Mitzählern und stelle fest, daß elf Gegenstimmen sind.

Damit ist aber die erforderliche Zweidrittelmehrheit gegeben. Ich komme nun zum

Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 684/1, betreffend Genehmigung des Abschlusses eines Unternehmensbeteiligungs- und Syndikatsvertrages des Landes Steiermark mit der Electricité de France International SA.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Kurt Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Flecker (16.17 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage und Landtagsvorlage ist Ihnen bekannt.

Wir haben jetzt darüber diskutiert. Ich darf mich daher darauf beschränken, den Antrag zu verlesen.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Abschluß eines Unternehmensbeteiligungs- und Syndikatsvertrages des Landes Steiermark mit der Electricité de France International SA, betreffend die Beteiligung als strategischer Partner an der Energie Steiermark Holding AG. mit 25 Prozent und einer Aktie, wird gegen die Leistung eines Betrages von insgesamt 5,6 Milliarden Schilling an die ESTAG-Gruppe genehmigt.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich diesen Antrag. (16.17 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und erteile dem Herrn Abgeordneten Vesko das Wort.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (16.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Ich komme heute das erste Mal in meiner Funktion als Abgeordneter in die Situation, mich außerstande zu sehen, zu einem Tagesordnungspunkt meine Meinung kundzutun, indem ich dafür oder dagegen stimme. Ich werde mich bei dieser Abstimmung des Rechtes der Stimmabgabe begeben. Ich möchte das wie folgt begründen: Ich war seit dem Tage, an dem dieses Projekt der Verstärkung der STEWEAG bemüht, Informationen zu bekommen, die es mir ermöglichen, mit meinem vielleicht etwas spärlichen technischen Verstand als Montanist und als Absolvent der Montanuniversität oder meines wirtschaftlichen Verstandes mit einer 22jährigen Berufserfahrung in der Wirtschaft international überwiegend im Ausland nicht in der Lage bin, auf Grund der mir hier zur Verfügung

gestellten Daten zu entscheiden, ob dieser Schritt nun der richtige ist oder der falsche ist. (Beifall bei der FPÖ und den Grünen.)

Deshalb, meine Damen und Herren, werde ich dieser Abstimmung nicht beiwohnen. Mir fehlt bei den Unterlagen der Syndikatsvertrag, mir fehlen alle sonstigen Vereinbarungen über Unternehmensbeteiligung, Strategie und so weiter, und ich muß dazusagen, ich würde sie nicht brauchen, wenn ich dem Herrn Landesrat Ressel recht gebe, daß ich der Eigentümervertreter. Nur, das Problem ist, es ist hier als Abgeordneter des Landtages und Sie alle mit mir gezwungen und dafür verantwortlich gemacht werden, indem Sie darüber abzustimmen haben. Sie dürfen zwar alle abstimmen, aber Sie haben keine Ahnung, worum es geht. Das ist das Bedauerliche daran, weil Sie auch diese Unterlagen nicht haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich möchte Ihnen folgendes sagen: Auch der Regierung und den Mitgliedern der Regierung ist es eingeräumt worden, sich diese Unterlagen anzusehen, wenn auch mit der Sicherung einer Geheimhaltung, und ich hätte mich gerne einer Geheimhaltung unterzogen, weil die Entscheidung, für das Land Steiermark etwas Gutes oder etwas Schlechtes zu tun, eine so eminent wichtige ist, daß man sie durchaus aus dem Parteienhader hinausstellen kann, daß man sie durchaus pro Sache beurteilen soll, und nicht pro Politik. Ich sehe mich außerstande, mit den derzeit aufgelegten Unterlagen dies zu tun. Herr Landesrat, es tut mir leid, wenn ich hier in der Ausschußsitzung höre, wenn das ganze vorbei ist und meine Partner damit einverstanden sind, dann kann ich Ihnen die Unterlagen gerne zeigen, wie man dem Kollegen Prof. Brünner, Klubobmann des Liberalen Forums, mitgeteilt hat. So kann das bitte nicht sein. Ich verstehe nicht, daß Sie alle hier sitzen und darauf warten, daß Sie endlich Ihre Hände hochheben können, um zu entscheiden, was in diesem Lande passiert, und zwar in einer Dimension, die weit über das Normale hinausgeht. Ich darf Ihnen sagen, daß vor wenigen Wochen, als die Diskussion gekommen ist, diese Angebote, nachdem sie nicht ganz dem Wunsch und den Vorstellungen verschiedener Damen und Herren außerhalb des steirischen Bereiches entsprachen, und ich möchte jetzt nicht zitieren, was von Wien und von Oberösterreich und sonst überall gekommen ist, die vertreten ihre eigenen Interessen. Wir haben steirische Interessen zu vertreten, was da gekommen ist in der Nachfrist, wenn diese nicht stattgefunden hätte, hätten wir einen ganz anderen strategischen Partner bekommen. Nur, ich kann es nicht beurteilen, weil ich nicht weiß, was geschehen ist, und weil mir auch niemand entsprechende Aufklärung darüber gegeben hat.

Wir sind am vergangenen Mittwoch zusammengerufen worden, und zwar die Klubobfrauen und die Klubobmänner, damit sie dann die Möglichkeit haben, den Antrag und die Vorlage ihren Kollegen in den Fraktionen zur Verfügung zu stellen, damit wir dann noch kurz diskutieren dürfen, ob, wann, wie, was, wann, wo, aber nie eine Information erhalten haben, die klar und deutlich auf das hinausgeht, worum es geht und wofür wir diese Entscheidung zu fällen haben. Es ist auch vollkommen richtig, wenn der

Kollege Flecker heute gesagt hat, jawohl, wir werden das heute im Landtag beschließen, weil wir de facto, wie immer so schön gesagt haben, die Mehrheit haben, und es wird durchgezogen. Es soll auch durchgezogen werden, nur bitte nicht mit mir, weil ich es nicht verantworten kann. Warum bekommen wir die Informationen nicht? Ich frage mich, warum bekommen wir die Informationen nicht? Es steht zwar in diesem Antrag alles mögliche drinnen, und zwar in bezug auf den Vertrag. Zum Beispiel: Der Vertrag enthält Zusicherungen, das „zum Beispiel“ ist nicht komplett. Da fehlen wesentliche Dinge. Ich bin nicht in der Lage, das zu tun. Dann muß ich Ihnen dazusagen, auch in der Bewertung der einzelnen Angebote muß ich mich auf andere verlassen, wobei ich zugebe, daß dies eine Sache der Firma ist. Ich nehme auch zur Kenntnis, daß dies eine Sache der Firma ist. Nur, wenn es eine Sache der Firma ist und wenn es bitte eine Sache des Landesrates Ressel ist und wenn es bitte eine Sache der Regierung ist, dann sollen sie die Verantwortung übernehmen, und sie nicht schließlich dann noch in einer Horuckaktion auf den Landtag abschieben wollen. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Die STEWEAG ist zu einem überwiegenden Teil Stromhändler und ist sich der Situation bewußt, daß sie unter den neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten in der EU, wo man sich dann Stromschienen kaufen kann, ohne selbst Produzent sein zu müssen, und so weiter und so fort, sicherlich in einer Situation, die gegenüber den Unternehmungen, die auch Stromabnehmer, sprich Kunden, haben, sicherlich in einem Nachteil ist. Wir wissen, daß wir alles tun müssen, um das Unternehmen zu stärken beziehungsweise ihm Chancen zu geben, in diesem internationalen Wettbewerb zu bestehen – gar keine Frage. Das ist auch eine Aufgabe, die wir im Land mitzutragen haben, daß wir uns bemühen, daß alle jene Unternehmungen, an denen das Land einen Anteil hat und zum Teil auch Mehrheitseigentümer oder wie hier zum jetzigen Zeitpunkt noch der alleinige Besitzer ist, daß wir dafür sorgen, daß diese Unternehmen wirtschaftlich hervorragend geführt werden, daß sie strategisch sich am Markt richtig bewegen, weil davon zwei Dinge abhängen.

Erstens, die Arbeitsplätze über diese Firma in diesem Lande, und zweitens auch die wirtschaftliche Nutzung, die wir aus diesem Eigentum ziehen wollen. Wir wollen einfach aus dem Kapital, das das Land dort hineingesteckt hat, irgendwann einmal Geld herausbekommen, und wir waren am Weg dazu, das eine oder andere schon zu bekommen, wobei ich über die Summe der Jahre sagen muß, es war bedeutungslos, was wir aus diesem Bereich bekommen haben. Es war immer zum Hineinzahlen. Ein guter Kaufmann würde irgendwann einmal sagen, so Freunde, jetzt ist es Zeit, daß ich von dem Geld, das ich investiere, auch einmal ein bißchen etwas sehe. So ist es auch selbstverständlich bei dieser strategischen Beteiligung, die hier zum Tragen kommt. Es stellt sich heraus, das Land Steiermark wird zum jetzigen Zeitpunkt wiederum nichts zu sehen bekommen. Darüber hinaus ist in keiner Weise abgeklärt, und auch das ist etwas, was ich hier gerne gewußt hätte, bevor ich diese Entscheidung treffe, wann und wie der Eigentümer, das Land Steiermark, einmal wieder zu einem Geld

kommt, und ich sehe am Horizont nicht den Funken eines hellen Schimmers, um feststellen zu können, ob etwas auf uns zukommt. Wenn der Herr Landesrat Paierl gesagt hat, nicht wer zu spät kommt, er hat gesagt, wer zu spät kommt, den wird die Geschichte bestrafen. Ich sage Ihnen eines, meine Damen und Herren, nicht wer zu spät kommt, wird von der Geschichte bestraft, sondern derjenige, der als Erster einen gravierenden Fehler macht. Glück auf. (Beifall bei der FPÖ. – 16.26 Uhr.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Flecker.

Abg. Dr. Flecker (16.26 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf vorerst sagen, daß es dazu gehört, daß man in der Demokratie nachvollziehbare Linien erkennt, und insofern gilt mein Respekt den Grünen, weil ich da eine nachvollziehbare Politik erkennen kann. (Beifall bei den Grünen.)

Daß ihr natürlich auch Leute in euer Boot holt, die sich bei solchen Anlässen ein grünes Mäntelchen gerne umhängen wollen, ist eine culpa in eligendo bei euch, aber an sich keine Katastrophe.

Herr Kollege Vesko, ich akzeptiere, daß Sie sagen, ich habe zu wenig an Information, ich enthalte mich der Stimme. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ich kann mich nicht enthalten!“)

Ich meine nur, ich kann mich an Entscheidungen erinnern im Zusammenhang mit dem A1-Ring, wo Sie anscheinend, ohne den Vertrag zu kennen, abgestimmt haben, weil sonst hätten Sie nicht nach bestem Wissen und Gewissen dort abstimmen können. Und nachdem Sie das mit dem besten Wissen und Gewissen immer so gerne strapazieren – Karl Kraus hat gesagt: „Wenn man das beurteilt, muß man abwägen, wie klein das Wissen sein darf und wie groß das Gewissen sein soll.“ (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Präsident, ich möchte noch etwas sagen, weil Sie die Information in den Vordergrund gestellt haben. Wir sind jetzt eine Stunde oder noch länger in dem Finanz-Ausschuß gesessen, und wir haben wirklich hervorragende Experten draußen gehabt. Und das, was Ihre Fraktion dort an Fragen gestellt hat, hätten Sie alles schon dann gewußt, wenn jeder von Ihnen die Landtagsvorlage einmal gelesen hätte.

Und dann kommen Sie daher (Abg. Mag. Bleckmann: „Der Finanzreferent hat es nicht gesagt!“), stellen drüben keine einzige wie auch immer geartete Frage, die über das hinausgeht, was da drinnen steht, und regen sich dann da auf, daß man Ihnen keine Information gibt. Sie müssen sich schon um Information bemühen. Soviel und soweit sollte das Denken zumindest gehen (Beifall bei der SPÖ.), wenn man nach bestem Wissen und Gewissen agieren will. Aber, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, es ist ja wohl durchschaubar, daß ihr hier Opposition spielen wollt, und es ist taktisch durchaus legitim, daß ihr das auch tut. Ihr kennt ja mittlerweile schon nichts anderes mehr.

Frau Kollegin Bleckmann, zu ein paar Sätzen, die Sie gesagt haben. Es ist keine Premiere, daß die Regierer zu einer Zuweisung eine Wortmeldung ab-

gegeben haben (Abg. Mag. Bleckmann: „Aber zwei!“), jedes Jahr ist das beim Budget so. (Abg. Mag. Bleckmann: „Aber daß sich zwei dazu melden, das ist die Premiere!“) Also gut, daß Sie das auf zwei Regierungsmitglieder hingelegt haben (Abg. Mag. Bleckmann: „Zwei Regierungsmitglieder habe ich gesagt. Da müssen Sie halt genau aufpassen!“), das ist allerdings dieses variantenreiche Denken von Ihnen, das Ihnen so selten unterstellt wird. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Bleckmann: „Ja, Sie müssen halt dann genau aufpassen!“)

Frau Kollegin Bleckmann, Sie haben beklagt – (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Sie sind der einzig gescheite Mensch da herinnen!“) Das stimmt nicht ganz, Herr Präsident. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Jawohl, Sie sind der einzig gescheite!“) Bei eurer Fraktion wäre ich es wahrscheinlich. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Aber der präpotenteste!“)

Herr Präsident, Herr Präsident, die Frau Kollegin Bleckmann hat beklagt, daß das Geld bei der ESTAG bleibt, und hat dann aber eh gesagt, daß es wahrscheinlich zu einem Börsengang kommen wird. Und Sie haben Ähnliches gesagt. Ich sage nur etwas, ja sollen wir jetzt, hier und heute vielleicht den Termin festlegen, wann man an die Börse geht, abgesehen davon, daß das noch immer das Unternehmen bestimmt, und nicht der Steiermärkische Landtag? Oder ist so etwas von einem Wirtschaftsklima abhängig (Abg. Mag. Bleckmann: „Sind wir jetzt Eigentümer oder sind wir nicht Eigentümer?“) oder ist so etwas nicht doch eine Sache, die man wirtschaftlich zu betrachten hat, und nicht nach Ihrem politischen Willen, daß wir vielleicht festlegen, am 25. Februar 1999 gehen wir an die Börse? Hurra, wir sind da!

(Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Sie waren dabei, wie der Herr Landesrat das gesagt hat!“) Der Herr Landesrat hat gesagt, das werden wir zum richtigen Zeitpunkt. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ihr lieber Herr Landesfinanzreferent hat bei unserem Gespräch gesagt, als wir gefragt haben, wie soll es langfristig aussehen, er weiß nicht, ob an die Börse gegangen wird. Das hat Ihr Landesfinanzreferent gesagt!“)

Der Herr Landesfinanzreferent hat auf Ihre Frage, wie denn nun das Land zu seinem Geld käme, gesagt, da gibt es die Möglichkeit des Börsenganges, und daraus kann das Land Gelder lukrieren. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ich war auch dabei, ich habe es auch gehört!“) Das haben Sie ja bis jetzt gelernt, und darum haben Sie heute gleich gesagt, der Herr Finanzreferent soll auch sagen, an welchem Tag er an die Börse geht. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Das hat kein Mensch gesagt!“) Frau Bleckmann – (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „So ein Kasper!“ – Glockenzeichen des Präsidenten.) Bitte, dafür gibt es normalerweise einen Ordnungsruf, Herr Präsident. Oder wollen Sie Ihrem Präsidentenkollegen für den Kasperl nicht den Ordnungsruf geben? Ich werde ihn verlangen. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Laß mich ausreden!“) Ja, es gehört sich, aber wahrscheinlich ist das euer Umgangston. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Wenn Sie in der Lage sind, jeden anderen einen Trottel zu nennen, dann darf ich das auch sagen!“) Das habe ich doch nicht gesagt, Herr Präsident (Abg. Mag. Bleckmann: „Aber dem anderen die Intelligenz absprechen!“), ich werde doch nicht

euer Vokabular verwenden. Und jetzt laßt's mir auch ein bißchen Zeit zum Reden. (Glockenzeichen des Präsidenten!)

Die Frau Kollegin Bleckmann hat sich bitter darüber beschwert, daß überhaupt keine Chance einer österreichischen Lösung mehr gegeben sein kann. Das stimmt ja nicht. 50 Prozent minus zwei Aktien sind verfügbar, sind frei verfügbar. (Abg. Mag. Bleckmann: „Nicht, wenn das Gesetz kommt!“) Noch etwas, Frau Kollegin Bleckmann, Sie haben von dem „strahlenden“ Geschenk gesprochen. (Verschiedene unverständliche Zwischenrufe. – Glockenzeichen des Präsidenten! Präsident: „Herbert, du hast heute eh schon so lange geredet. Am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker!“)

Ich teile da die Meinung des Kollegen Brünner, daß es anscheinend wirklich nichts Verlogeneres gibt, als mit dem Atomstrom in diesem Zusammenhang zu argumentieren. Nur, wenn Sie in einem Moment den Atomstrom, der dort in Frankreich erzeugt wird, beklagen und auf der anderen Seite aber beklagen, daß wir ein Geld brauchen und daß das Land Steiermark zu wenig Geld sieht davon, dann zeigen Sie doch nichts anderes in der logischen Abfolge dieser Gedanken, die Sie da geäußert haben, daß wir letztlich käuflich sein sollten. Weil sonst kann ich sagen, für einen gewissen Betrag nehme ich auch das Atomargument heraus, oder nicht?

Und dann noch etwas, Frau Kollegin Bleckmann, Sie haben gesagt, wie sollen wir bei den großen Preiskämpfen bestehen? Ja, glauben Sie denn, daß die STEWEAG allein in der Zeit der großen Preiskämpfe anlässlich der Liberalisierung hätte bestehen können? Das ist doch eher ein Argument, das für diesen strategischen Partner gesprochen hat.

Ich wollte Ihnen noch etwas zur Andienungspflicht sagen, bin aber inzwischen nicht mehr genötigt dazu, weil Sie im Ausschuß dieses Wort selber hinterfragt haben.

Im übrigen, noch ein letztes Wort zu Ihrer Information, ich kann mir nicht vorstellen, oder ich glaube es halt, ich unterstelle es ja nicht, ich glaube halt, daß Ihnen auch der Krünes durchaus für Fragen zur Verfügung gestanden ist. Wenn er das nicht getan hat, mag es ihn zwar ehren, aber ich glaube es nicht so.

So, meine Damen, ein paar Worte noch. Ich glaube – zu dieser Sitzung selbst –, das Land hat bis 31. Dezember die Antwort zu geben. Ich glaube, der Landtag sollte es sich nicht leisten, die Regierung hier mit einem Vorbehalt antworten zu lassen. Darum Landtagsbeschluß vor dem 31. Dezember. Und es ist halt der 22. Dezember daraus geworden. Die Sache ist landtagspflichtig, und es ist ein wichtiges Geschäftsstück, das eben in diesem Sinne zu erledigen ist.

Ich muß schon auch sagen, Frau Kollegin Zitz und Frau Kollegin Bleckmann, wir müssen schon ehrlich sein (Abg. Mag. Zitz: „Keine Wortmeldung von Ihnen im Ausschuß!“), und nicht sagen, wir haben das Geschäftsstück nicht erst seit zwei Tagen in Händen, sondern das Geschäftsstück ist am Mittwoch bereits an alle Klubs ergangen. Wir sollten, auch wenn Sie argumentieren, zumindest bei der Wahrheit bleiben. Deswegen wird das Argument nicht schlechter oder besser. (Abg. Mag. Bleckmann: „Zwei Tage!“) Am

Mittwoch, das sind nicht zwei Tage, ich habe jetzt mit der Frau Kollegin Zitz gesprochen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Donnerstag, Freitag, Samstag, Sonntag, Montag!“) Nein, jetzt rede ich mit der Kollegin Zitz.

Etwas muß ich auch sagen, diejenigen, die diese Vorgangsweise kritisieren, nämlich Sie, Frau Kollegin, Sie wollten als Erste, und da sind Sie alle Landtagsfraktionen angegangen, eine Dringliche zu diesem Thema, eine Sondersitzung. (Abg. Mag. Zitz: „Aber nicht zur Beschlußfassung!“) Ja, aber bitte, das ist dann eine Frage der Demokratie, und wenn wir in diesem Haus zu einer Mehrheit kommen (Abg. Mag. Hartinger: „Eine Frage des Sachverständes!“), die eben handeln kann, dann muß es sich die Minderheit gefallen lassen, daß sie mit ihren Stimmen diese Mehrheit und dieses Handeln nicht verhindern kann. Und deswegen wird es heute zu einer Arbeitssitzung kommen und wird es zu einem Beschluß des Landtages kommen, damit die Regierung in dieser Frage nicht allein ist.

Meine Damen, zur Sache noch einige Bemerkungen. Die Liberalisierung ist nicht Hirngespinnst, sondern sie ist Tatsache. Wir reden nicht von irgend etwas, was irgendwer erfunden hat, sondern es ist drohende Gefahr für die derzeitige Konstruktion bei der Elektrizitätswirtschaft in der Steiermark.

Ich bin glücklich, denn es ist eine Auszeichnung für diese Regierung und auch für diesen Landtag, daß nicht die Sachen abgewartet werden, nicht dahingetümpelt wird, sondern daß rechtzeitig und sofort gehandelt wird. Und das ist eine besondere Handlungsqualität, die die Regierung in dieser Frage bewiesen hat. Wenn wir uns zu einem öffentlichen Bieterverfahren verstehen, meine Damen und Herren, dann haben wir auch die Spielregeln zu beachten, und dann haben wir auch dem Bestbieter nach diesem Verfahren, wenn Sie so wollen, den Zuschlag zu geben. Daß eine österreichische Lösung nicht zustande gekommen ist, meine Damen und Herren, ist sicher nicht die Schuld der Steiermark.

Ich war dabei, als Landesrat Schmid ein Interview nach der Regierungssitzung gab, und er sagte: „Meine Gegenstimme in der Regierung ist lediglich deswegen gekommen, weil ich der Bundesregierung vorwerfe, daß sie keine österreichische Lösung zustande gebracht hat, ansonsten halte ich die Vorgangsweise des Landes für richtig.“ Das waren seine Worte. Ich kann mich dem nur anschließen, daß der Bund schuld ist, daß diese österreichische Lösung nicht zustande gekommen ist und daß wir Bayern oder Frankreich, und das ist völlig egal, hereinnehmen und so tun, als würden irgendwelche Exoten plötzlich in der Wirtschaft in Österreich mitspielen, erscheint mir schon etwas eigentümlich, meine Damen und Herren. Es geht doch letztlich wirklich nicht um irgendwelche Exoten, in Zeiten eines zusammenrückenden Europas, sondern es ist die staatliche Stromerzeugungsfirma von Frankreich. Also tun wir doch nicht so, als würden wir irgend jemanden da hereinholen, denn wir nicht kennen und dem man alles Schlechte unterstellen will. Es ist immerhin ein staatliches Unternehmen. In Europa einen Franzosen als Exoten zu bezeichnen, verstehe ich nicht ganz. Ich sehe diese nationalen Chauvinismen überhaupt nicht mehr ein, die ihr offenbar aufbringt. Diejenigen, meine Damen und

Herren, die heute in der ersten Reihe der Kritiker an dieser Lösung stehen, die wären immer und bei jeder Lösung dort gestanden. Da hätten wir machen können, was wir wollen. Freiheitliche und Grüne wären mit Sicherheit gegen jede Lösung aufgetreten. Ich bin froh, daß die ESTAG einen guten Preis erzielt hat. Alles andere, meine Damen und Herren, wäre Fahrlässigkeit gewesen. (Beifall bei der SPÖ.)

Dadurch, daß im Vertrag, und das haben Sie heute auch nicht herauslesen können aus der Regierungsvorlage, wirklich drinnen steht, daß die Vertragspartner, damals schon alle drei, die in die engere Wahl gekommen sind, vorab die Zustimmung zum Börsengang vertraglich abgegeben haben, haben wir die Möglichkeit des Börsenganges, unabhängig von der Sperrminorität, die der jeweilige Partner hätte. Meine Damen und Herren! Es gibt eine Reihe von Gründen, für dieses Ergebnis zu stimmen. Ich kann sagen, daß meine Fraktion nicht nur aus irgendeiner Disziplin heraus, sondern aus Überzeugung und mit gutem Gewissen dieser Vorlage die Zustimmung geben wird. Danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.41 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Brünner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (16.41 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin verkühlt und bitte wegen meiner Stimme um Entschuldigung. Ich darf Sie vielleicht bitten, den Lärmpegel zu senken, weil ich mir dann etwas leichter tue angesichts meiner Verkühlung. Wir sind zwar Mitglied der Europäischen Union, meine Damen und Herren, und wir unterzeichnen buchstäblich wöchentlich einen internationalen Vertrag. In diesen Tagen tritt ein internationaler Vertrag betreffend die Energiecharta in Kraft, ich werde auf diesen Vertrag noch kurz später zu sprechen kommen, und manche der Diskutanten reden in Sonntagsreden über die Internationalität, über den gemeinsamen Markt, über den Wettbewerb, über die Transparenz. Wenn es aber ernst wird, und hier ist es ernst geworden bei der ESTAG, was die Partnersuche anbelangt, dann hat man all diese schönen Sonntagsreden vergessen, und dann zeigt sich einmal mehr auch die wahre österreichische Seele, und ich möchte es einmal so charakterisieren – nationale Überheblichkeit, die mir wirklich schon gegen den Geist geht.

Man kann über Unternehmen, ganz gleich, wo sie herkommen, selbstverständlich rational reden. Aber da gibt es einen österreichischen Reflex der Ausländerfeindlichkeit, wenn es hier ein ausländisches Unternehmen wagt, sich an österreichischen Sachverhalten zu beteiligen. Da erblödet man sich nicht anzurufen. Ich bin heute in der Früh von ein paar Damen und Herren angerufen worden, die mir Hochverrat unterstellen, wenn ich heute für diese steirische Lösung stimme. Da läuft ein Bieterverfahren, wo ich als Laie glaube, daß, wenn einmal die Geschichte ausgeschrieben ist, man nicht neu einsteigen kann; da wird aber über politische Intervention das Ostkonsortium in die zweite Phase des Bieterverfahrens genommen, und da versteigt man sich zu verachteten Erpressungsmaßnahmen, wenn der

Verbund zum Beispiel sagt, er kündigt Lieferverträge und verursacht daher in der Weststeiermark Arbeitslosigkeit. Das sagt ein Verbundchef, von dem ich annehme, daß er seine Entscheidungen auf der Grundlage von Sachrationalität trifft, und nicht auf der Grundlage erpresserischer Aktionen. Wenn er kommt und sagt, er muß zusperrn, weil es sich unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr rentiert, dann sage ich okay, das ist eine legitime Sichtweise eines Managers eines Unternehmens, der ich dann meine legitime politische Gesichtswiese hinzufüge. Aber wenn ein Manager so argumentiert, dann hört sich für mich wirklich der Spaß auf. Oder, auch wenn jetzt zum Schluß noch am Freitag ein neues Angebot von OMV, OKA und Bayernwerke kommt – was war es dann? Es war der Versuch, noch einzusteigen –, dann sage ich mir wieder als Laie, wenn die Geschichte einmal läuft, wenn ausgeschrieben ist und es läuft das Bieterverfahren, dann soll man es auf der Grundlage der vorliegenden Anträge und Bewerbungen abhandeln, und dann hätten die anderen lange genug Zeit gehabt, entsprechende Angebote zu machen.

Wenn jetzt mit Tränen in den Augen gesagt wird, schade um die österreichische Lösung, dann kann ich nur lachen. Österreich hätte mindestens 25 Jahre Zeit gehabt, eine österreichische Lösung herbeizuführen. Nur, das wollte man ja nicht, denn die Elektrizitätswirtschaft war wie kein anderer Wirtschaftszweig Spielwiese, Spielwiese für die Politik, Spielwiese für die Versorgung von Politikern, Spielwiese auch für Egoismen der Unternehmen, aber nicht für eine vernünftige Energiepolitik im Lande Österreich. Das war nicht der Sinn der letzten 25 Jahre.

Jetzt noch zum Schluß, meine Damen und Herren, wäre es möglich gewesen, so meine ich und so hat auch Herr Landesrat Ressel am Mittwoch bestätigt, daß, wenn der Verbund in der Lage gewesen wäre, die Steg einzubringen, dann unter Umständen die Entscheidung anders ausgeschaute hätte. Aber der Herr Verbundchef Haider sagt fast wörtlich, es wäre ja ein Wahnsinn, die Steg gegen ein paar Prozente an der ESTAG zu tauschen. Allein die Geschichte der Steg, die jetzt auch schon acht, neun Jahre zurück ist, zeigt, daß man nie unter energiepolitischen, wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten die Sache gehandhabt hat, sondern unter parteipolitischen oder sonstigen Egoismen. Denn sonst wäre schon 1991 ein Kauf der Zweidrittelanteile der Steg vom Schweizerischen Unternehmen seitens der STEWEAG möglich gewesen. Das hat man damals im Zuge der Landtagswahl verschlampt, auch aus parteipolitischem Kalkül, daß es dann vielleicht nach der Landtagswahl 1991 hätte anders ausschauen können.

Also, allein die Steg, das Schicksal der Steg bis herauf in diese Tage, zeigt, daß man nicht wirklich an einer vernünftigen energiepolitischen gesamtösterreichischen Lösung interessiert war, sondern parteiegoismen, Länderegoismen, Unternehmensegoismen eine Rolle gespielt haben.

Wenn man plötzlich jetzt die Sachpolitik entdeckt seitens verschiedener Mitkonkurrenten, dann ist einfach der Zug wirklich abgefahren und die Glaubwürdigkeit für mich auch nicht gegeben.

Ein zweiter Punkt: Man hat jahrelang – und nicht nur in Österreich – Autarkiepolitik auf dem Gebiete der Energieversorgung betrieben und hat damit zwischen 30 und 40 Prozent Überkapazitäten geschaffen. Für jeden Laien ist es nachvollziehbar, daß in einem liberalisierten Markt, wo diese Überkapazitäten nicht so quasi national gehortet werden können, es zu einem Preisverfall kommen muß, daß die Hochpreispolitik dieser Autarkiepolitik, verbunden mit monopolartigen Situationen, einfach nicht mehr gehalten werden kann und daß der Preisverfall viele Unternehmen auf dem Gebiet einfach in Mitleidenschaft ziehen wird, wenn nicht entsprechend entgegengesteuert wird.

Ein dritter Punkt: Eine strategisch schlagkräftige Elektrizitätswirtschaft erfordert auch national – davon bin ich überzeugt – gewisse Konzentrationen. Die Bayern-Werke versorgen einen Markt in Bayern von 10 Millionen Einwohnern. In Österreich haben wir an die 25 staatliche und städtische Elektrizitätsversorgungsunternehmen und 400 private EVUs. Meine Damen und Herren, auch ohne EU-Beitritt und Liberalisierung, in einem EU-Markt wäre es schon in der Vergangenheit hoch an der Zeit gewesen, hier gewisse vernünftige Konzentrationen, auch national, herbeizuführen, weil wiederum auf der Hand liegt, daß einfach diese zersplitterte Elektroversorgungslandschaft nicht lebensfähig ist. Ich möchte jedoch nicht falsch zitiert und verstanden werden, ich habe sehr wohl etwas übrig für eine Sicherung der regionalen Versorgung und einer gewissen Dezentralisierung.

Ein vierter Punkt: Die Liberalisierung. Es ist heute schon sehr viel gesprochen worden. Ich möchte daher gar nicht mehr über die Liberalisierung im Rahmen der Europäischen Union sprechen, sondern nochmals diese Energiecharta ins Spiel bringen. Eine Charta, die bis jetzt von 31 Staaten unterschrieben und hinterlegt worden ist, darunter auch von Österreich. Diese Charta wird innerhalb von 90 Tagen in Kraft treten. Gegenstand dieser Charta ist eine Energiebrücke zwischen dem Westen und dem Osten auf der Basis marktwirtschaftlicher Prinzipien und auf der Basis der Liberalisierung, und nicht Diskriminierung. Das heißt, wenn im Zusammenhang jetzt mit der Hereinnahme der EdF in die Steiermark diese Brückenfunktion über den Osten beklagt wird, weil das wieder mit dem Atomstrom etwas zu tun haben könnte, dann möge man doch bitte auf dem Boden der Realitäten bleiben. Österreich hat diese Energiecharta mitunterzeichnet, sie tritt in Kürze in Kraft, und sie bringt nicht nur innerhalb der EU die Liberalisierung – die Charta bringt nicht die Liberalisierung, sondern der Beitritt und die Richtlinie –, aber diese Charta wird die Liberalisierung auch im Ostwestzusammenhang schaffen und auch dort marktwirtschaftliche Prinzipien einziehen.

Ein Fünftes, zur Atomstromdiskussion. Herr Kollege Flecker hat mich schon zitiert, ich habe im Ausschuß gesagt, ich halte diese gesamte Diskussion für eine verlogene Diskussion. Ich meine, no na, wird man nicht aus Frankreich eine direkte Leitung, eine ausschließliche direkte Leitung von den französischen Atomkraftwerken in die Steiermark führen. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Aber wir haben schon

genug aus dem Osten, Herr Kollege, was über die Liberalisierung dann freigespielt wird.“) Das meint auch diese Vertragsklausel.

Faktum ist, daß es einen Elektrizitätspool gibt. Ich kenne mich mit der Physik nicht aus, Herr Landesrat Paierl, das ist schon zu lange her, aber mir ist klar, daß kein Mascherl vorhanden ist. In diesen Elektrizitätspool fließt Strom, der von Atomkraftwerken erzeugt wird, und fließt Strom, der nicht von Atomkraftwerken erzeugt wird.

Herr Landesrat Paierl, es wäre gescheit – im Dienste einer glaubwürdigen Politik –, das den Österreicherinnen und Österreichern zu sagen. Nicht zu sagen, es kommt eh keiner direkt in die Steiermark, und je weiter die Produktionsunternehmen weg sind, umso ungefährlicher ist es. Und die Franzosen sind weit weg, und daher ist es ungefährlich. Das ist ungläubwürdige Politik, meine Damen und Herren.

Ich bin kein Freund des Atomstromes – ich habe seinerzeit gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf gestimmt –, aber ich bin für die Glaubwürdigkeit der Politik. Daher soll man sich hinstellen und sagen, selbstverständlich ist in diesem Pool Atomstrom drinnen, und ob jetzt Atomstrom nach Österreich fließt oder nicht, das kann nicht mit wissenschaftlich-technischen Methoden festgestellt werden.

Meine Damen und Herren, man sollte sich auch hinstellen und sagen, es geht ja gar nicht anders als über solche Pools, weil die Konsequenz wäre, wenn wir das nicht mitmachen wollten, daß wir die Luken dicht machen in Österreich, daß wir wieder Autarkiepolitik und Monopolpolitik und illiberale Politik betreiben, und das geht nicht mehr, weil wir sind Mitglied der Europäischen Union.

Auf einem anderen Blatt steht, daß man sich als Österreich, auch im Rahmen der Europäischen Union und der internationalen Verträge – nochmals Energiecharta – dafür einsetzen soll, daß die Atomstromproduktion zurückgedrängt und vielleicht irgendwann einmal überhaupt eingestellt wird. Aber alles andere ist schlicht und einfach Verdummung der Bevölkerung, die das ohnehin nicht glaubt. Und auf der Strecke bleibt die Glaubwürdigkeit der Politik.

Ich komme zu einem letzten Punkt. Mein Prüfmaßstab waren folgende Überlegungen: Ist dieser Einstieg von EdF in die ESTAG betriebswirtschaftlich und strukturell und in weiterer Folge umweltpolitisch okay oder nicht?

Jetzt gebe ich Ihnen, Herr Präsident Vesko, schon zu – und ich habe das auch im Ausschuß festgehalten –, daß es für mich schön gewesen wäre, wenn wir den Beteiligungs- und Syndikatsvertrag gehabt hätten. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Plus vieler anderer!“) Ja, jedenfalls den Beteiligungs- und Syndikatsvertrag.

Aber ich möchte nur eines in Erinnerung rufen, Herr Präsident Vesko. Auch Sie haben an einem Vertragswerk mitgewirkt, nämlich beim Ö1-Ring (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Der hat uns nicht im Stich gelassen!“), wo ein Passus drinnen steht, Herr Präsident Vesko, daß dieser Vertrag der Geheimhaltung unterliegt.

Einen gleichen Passus gibt es offensichtlich in diesem Vertragswerk mit der EdF. Ich habe schon im Ausschuß gesagt, ich halte es für illegitim, wenn nicht gar für rechtlich problematisch, wenn die öffentliche Hand in ausgegliederte Rechtsträger flüchtet, dort erlaubt, daß Verträge mit Geheimhaltungspflicht abgeschlossen werden und damit die Kontrolle durch den Landtag unterläuft. Weil dauernd wird uns jetzt der Vertrag vorgehalten, was weiß ich, Punkt 13 dieses Vertrages, wo drinnen steht, es darf der Vertrag nicht veröffentlicht werden.

Ich erwarte – ich habe das dem Herrn Landesrat Ressel gesagt –, daß nach Abschluß der beiden Verträge mir oder uns diese Verträge zur Verfügung gestellt werden. Ich mache zwar keinen ganzen Blindflug, weil das hätte ich nicht getan, da hätte ich dagegengestimmt, es sind in der Unterlage der Regierungsvorlage einige wichtige Punkte drinnen, nämlich, daß die strukturellen Entscheidungen im großen und ganzen in der Steiermark bleiben. Ich habe auch Herrn Kollegen Bertl im Ausschuß befragt (Glockenzeichen des Präsidenten!), der festhält, daß die größtmögliche Freiheit, was Kapitalveränderungen anbelangt, in der Steiermark bleibt, und der festgehalten hat, daß das Unternehmen beziehungsweise die Steiermark betreffend die Mittelverwendung frei ist. Aber – das gebe ich dem Herrn Präsidenten Vesko zu – es bleibt ein Restbereich, der uns nicht offengelegt wird, weil die Verträge nicht da sind. Ich erwarte mir vom Herrn Landesrat Ressel, im Verein mit den Vertragspartnern, daß nach Abschluß der Verträge eine Möglichkeit besteht, daß Landtagsabgeordnete in diese Verträge Einblick nehmen können.

Was die Diskussion anbelangt, daß der Ertrag vorläufig im Unternehmen verbleibt, so gibt es auch dazu die Zustimmung des Liberalen Forums. Wir sind zwar sehr für Privatisierung und Börsengang, aber dieser Börsengang muß gut vorbereitet werden. Ich hoffe – und ich gehe davon aus –, daß für diesen Börsengang, wenn die Geschichten hier abgeschlossen sind, sehr schnell die ersten Schritte gesetzt werden.

Abschließend möchte ich noch etwas zum Verfahren festhalten. Erstens einmal zum Verfahren der Gewinnung dieses Bestbieters, und zweitens zum politischen Verfahren. Ich war im Grunde genommen überrascht, als ich mir in der Regierungsvorlage die Beschreibung der Prozedur angeschaut habe mit der Einschaltung des internationalen Beraters, Dresdner Kleinwort Benson. Ich war überrascht, daß tatsächlich unter weitgehender Abstinenz der Politik hier der Versuch unternommen wurde, und zwar der erfolgreiche Versuch, sachrational eine Entscheidung vorzubereiten, sachrational im Hinblick auf das beste betriebswirtschaftliche, und sachrational im Hinblick auf das beste strukturelle Angebot. Ich möchte das einmal wirklich festhalten, weil das untergeht. Es ist sogar der Beratervertrag international ausgeschrieben worden, dann die Beraterfirma in einem Ausschreibungsverfahren gewählt worden, und die Firma garantiert, so sehe ich das, daß dieses Bieterverfahren tatsächlich unter Berücksichtigung aller sachlichen Argumente vonstattengegangen ist.

Ich möchte auch etwas zum politischen Verfahren sagen. Sie wissen, daß ich mir von dieser Stelle aus die Lippen wund rede, daß der Landtag intensiver ein-

geschaltet werden soll. Ich weiß schon, daß wir nicht viel zu reden haben, aber ich sehe es als einen guten Willen der Regierung an, daß wir als die Klubobleute am Mittwoch der vorigen Woche nach Auflage des Geschäftsstückes in der Regierung informiert worden sind und den Entwurf der Regierungsvorlage ausgehändigt bekommen haben. (Präsident: „Herr Abgeordneter Dr. Brünner, Sie haben maximal zwei Minuten. Dann muß ich die dringliche Anfrage behandeln!“)

Ich bin gleich fertig, Herr Präsident. Ich sehe es tatsächlich als einen Fortschritt an, daß die Klubobleute des Landtages frühzeitig informiert worden sind. Wenn der Landtag bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen mitdiskutieren will, und ich möchte mitdiskutieren, dann müssen wir auch dazu bereit sein, schnelle Entscheidungen zu treffen, bei gründlicher Vorbereitung schnelle Entscheidungen zu treffen. (Beifall beim LIF und der ÖVP.)

Ansonsten schalten wir uns selbst aus. Ich bin daher froh darüber, daß heute bereits jene Landtagssitzung stattfindet, wo die diesbezügliche Entscheidung des Landtages getroffen werden soll. Das Liberale Forum wird der Regierungsvorlage zustimmen. Ich habe noch einen Beschlußantrag, Herr Präsident, den ich nicht mehr vorlese, damit ich die Dringliche nicht aufhalte. Ich werde mich dann nach der Dringlichen noch einmal, betreffend einen Beschlußantrag im Hinblick auf Köflach/Voitsberg, zu Wort melden und diesen Beschlußantrag nach der Dringlichen stellen. (Beifall beim LIF, der SPÖ und ÖVP. - 17.00 Uhr.)

Präsident: Wir kommen nun zur Behandlung der dringlichen Anfrage der FPÖ und der Grünen an Herrn Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel, betreffend ESTAG.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Mag. Magda Bleckmann das Wort zur Begründung dieser dringlichen Anfrage.

Abg. Mag. Bleckmann (17.00 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus, liebe verbleibende Regierungsmitglieder!

Wenn der Kollege Flecker diese Sitzung hier als eine Arbeitssitzung bezeichnet, dann kann er wohl nur darunter verstehen, daß Sie hier Zeit abzusetzen und die Hand zu heben haben. Das ist es, was Sie unter Arbeitssitzung verstehen, schlicht und einfach nur die Hand heben und abstimmen, aber sich die Unterlagen nicht durchlesen. Denn wenn es nach Ihnen ginge, auf die Frage, wer ist denn überhaupt der Eigentümer, dann wäre es Ihnen am liebsten, daß das der Herr Landesfinanzreferent ist und der über alles und jedes bestimmen kann, und das ist dann der von Ihnen gewünschte Eigentümer. Aber so ist es nun einmal nicht. Und das ist gut so. (Beifall bei der FPÖ.)

Es ist nun einmal nicht so. Denn nach wie vor gibt es, wie Sie ja gesagt haben, eine Demokratie, und ich bin auch sehr froh darüber, daß es diese gibt. Sie sagen es ja selber, damit der Verkauf möglichst rasch über die Bühne gehen kann, muß heute und hier dieser Beschluß gefaßt werden. Wir haben uns das mit der

Sondersitzung schon auch überlegt, denn uns wäre das schon auch sehr lieb gewesen, wenn wir hier eine wirkliche Informationsveranstaltung gehabt hätten. Nur, dann haben wir uns auch überlegt, was kann denn dann passieren? Dann kann nämlich genau das passieren, was heute und hier passiert, daß Sie den Beschluß so schnell als möglich fassen. Und deshalb haben wir uns nicht zu einer Sondersitzung entschlossen, weil wir nämlich gedacht haben, da werden Sie auch draufkommen, daß Sie den Verkauf so schnell über die Bühne bringen können. Wir hätten gerne gehabt, daß Sie noch mehr Zeit gehabt hätten, das ganze noch einmal zu überdenken und sich doch vielleicht aus Wien noch einmal mehr die ganzen Probleme anzuhören, die Ihre Kollegen in Wien damit gehabt haben. Sie kennen ja die ganzen Zitate, die es in den Zeitungen darüber gibt von Ihren Wiener Kollegen. Ich hätte Ihnen die Zeit gewünscht, sich das ganze noch ausführlicher anzuschauen. Ich habe auch vorher gesagt, daß wir hier fünf Tage Zeit hatten, das anzuschauen. Genau das habe ich gesagt. Hier habe ich sehr wohl die richtigen Zeiten gesagt. (Abg. Dr. Flecker: „Sie brauchen sich nicht rechtfertigen!“) Aber ich finde trotzdem, daß hier fünf Tage nach wie vor noch zu wenig sind und für die Regierungsmitglieder drei Tage halt noch weniger. Sie wissen schon, was kommen wird, also haben Sie sich die Zeiten auch sehr genau angeschaut, und Sie waren auch beim Gespräch mit dem Landesfinanzreferenten dabei. Der hat ja gesagt, und das ist das Interessante, alle Klubobmänner waren ja dabei, ein Regierungsbeschluß ist für die EdFI ausreichend. Ein Franzosen hätte der Regierungsbeschluß gereicht. Aber jetzt hat man es sich halt überlegt, aha, wir haben ja durch die Sonderlandtagssitzung noch die Möglichkeit, möglichst schnell das wirklich alles einzuzementieren, damit es für niemanden mehr einen Weg zurück gibt. Die Vorgangsweise, die Sie hier an den Tag legen wollten, und eben jetzt nicht eine Informationsveranstaltung zu machen, sondern Hand heben, das Ganze absegnen, vorbei, und dann bitte nach Weihnachten nicht mehr darüber reden, bitte nicht mehr darüber reden.

Denn, und das ist ja auch sehr interessant, Sie müßten einmal mit Ihren Kollegen im Kontroll-Ausschuß auch reden, weil Sie sagen, Sie haben mit Weihnachtssitzungen kein Problem. Im Kontroll-Ausschuß hätten Sie Ihre Kollegen hören sollen, wo wir einen Extratag für den Kontroll-Ausschuß festgesetzt hatten, wo es geheißen hat, das können wir unseren Kollegen nicht zumuten, daß sie hier vor der Weihnachtszeit, das war am 16. Dezember, noch eine Sitzung haben, wo jetzt die Weihnachtszeit da ist, haben Ihre Fraktionskollegen gesagt, und jetzt reden Sie auf einmal davon, das ist für Sie kein Problem. Also, hier ist schon die Frage, wer hier welche Probleme hat. Ich bin schon sehr gespannt, was dann auf die Frage, wie das denn langfristig aussehen wird, der Landesfinanzreferent sagen wird, und auch beim Börsengang. Ich glaube schon, daß wir dann, wenn es Ihnen auch sehr schwer fällt, sicherlich hier einer Meinung sind, daß wir mit einem Börsengang, wenn wir 25 Prozent minus zwei Aktien an die Börse geben können, sicherlich nicht 5,6 Milliarden Schilling an Einkünften für das Land haben werden. Ich glaube, da geben Sie mir schon recht.

Das ist halt auch genau der Punkt, wir werden nicht einmal 2,8 Milliarden Schilling Einnahmen haben, die wir vielleicht haben könnten, wenn wir jetzt die Hälfte des Geldflusses wenigstens lukrieren könnten. Nicht einmal das Geld werden wir bekommen. Das ist das Problem, und das muß dem Landesfinanzreferenten schon vorgeworfen werden, daß er sich nicht darum bemüht, wirklich Gelder in den Landestopf hinein-zubekommen. (Abg. Dr. Flecker: „Wenn Sie Aktienkurse vorhersagen können, möchte ich Sie als Beraterin haben. Vielleicht werde ich dann reich!“) Jetzt sagen Sie mir einmal, ob ich da richtig liege, daß wir nicht die 5,6 Milliarden Schilling, geschweige denn 2,8 Milliarden Schilling, mit den 25 Prozent, die wir dann vielleicht einmal irgendwann ab dem Jahre 1999 an die Börse geben werden (Abg. Dr. Flecker: „Wäre ein Job für Sie!“), für das Land lukrieren werden. Ich sage, es werden weniger als 2,8 Milliarden sein. Darf ich mit den beiden Herren eine Wette eingehen, daß es weniger als 2,8 Milliarden Schilling sein werden? Dürfen wir das wetten? (Abg. Dr. Flecker: „Natürlich, wette!“)

Ich freue mich über jede Million für den Landesfinanzreferenten, die wir zusätzlich kriegen. Sie schauen ja nicht, daß es mehr wird. Und das ist halt das Problem. Sie sollten auch schauen, daß Ihr Sonderinvestitionsprogramm, von dem Sie da immer reden, auch wirklich durch die Erlöse gedeckt werden kann. Ich freue mich so, daß einmal der Klubobmann da sitzt, wenn ich spreche. Sonst haben Sie es ja nie übers Herz gebracht, sondern sind immer hinausmarschiert. Hören Sie sich auch unsere dringliche Anfrage an, die wir hier gemeinsam mit den Grünen einbringen, weil wir hier gemeinsame Probleme sehen, die es in diesem Bereich gibt. Wie seit 17. Dezember 1997 bekannt, ich glaube, Ihnen allen ist das auch bekannt, will die Landesregierung die EdFI an der ESTAG mit 25 Prozent und einer Aktie gegen Zahlung von insgesamt 5,6 Milliarden Schilling beteiligen. Der hohe Preis von 5,6 Milliarden Schilling für den 25prozentigen Anteil an der ESTAG ist ein klarer Beleg dafür, daß es der EdF darum geht, ihr vorhandenes und auszubauendes Geflecht an Beteiligungen an den westeuropäischen Markt anzubinden. Die als Sprungbrett bezeichnete Steiermark wird zur Drehscheibe und zum Durchhaus, nicht zuletzt für Atomstrom. Die Glaubwürdigkeit der Steiermark und Österreichs, sich gegen grenznahe Atomkraftwerke, wie Krško, einzusetzen, wird dadurch erschüttert.

Die Steiermark wird vom Gegner zum Wegbereiter der Atomkraftwerke. Die Vertragsformulierung – und das bitte auch sich auf der Zunge zergehen zu lassen – „ESTAG als Nukleus aller Österreichaktivitäten der EdF“ kann nur als gefährliche Drohung verstanden werden. Und deshalb stellen wir an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, folgende Anfrage:

Erstens: Verliert die Steiermark ihrer Ansicht nach nicht jede Glaubwürdigkeit, sich für die Schließung des AKW Krško einzusetzen, wenn der größte Atomenergiekonzern Europas an der ESTAG beteiligt wird? Denn darin sehen wir sehr wohl auch ein Problem, wenn hier Abgeordnete von uns herumreisen, Gespräche führen einerseits wegen Krško, andererseits auch wegen Mohovce, woran die EdF beteiligt ist, dann sehen wir darin das Problem, unsere Glaub-

würdigkeit zu verlieren, wenn sich die Franzosen bei uns beteiligen.

Zweitens: Können Sie ausschließen, daß mit Teilen des Verkaufserlöses Hochspannungsleitungen errichtet werden?

Drittens: Wie können Sie die Einhaltung der angebotlichen vertraglichen Zusicherung „allfällige Stromlieferungen nicht aus Atomkraftwerken“ gewährleisten? Denn auch das haben wir hinterfragt, und bisher gibt es hier nur mündliche Zusagen, und wir haben keinerlei schriftliche Zusage dafür gesehen. Vielleicht will man sie uns nicht zeigen, vielleicht gibt es sie aber auch gar nicht.

Viertens: Wie kann verhindert werden, daß mit Clearingverträgen der EdF mit anderen europäischen Stromgesellschaften französischer Atomstrom nicht über Umwege, zum Beispiel aus Osteuropa, in die Steiermark gelangt? Denn es ist uns schon auch klar, sogar mit zweiter Stufe Hauptschule, daß das nicht auf direktem Wege gehen kann, aber irgendeinen indirekten Weg, das wirst du mir wohl auch zugestehen, wird es sicherlich geben, daß es hier Atomstrom bei uns in der Steiermark geben wird. Und wir wissen ja auch heute schon, daß 3 Prozent des Stroms, den wir haben, Atomstrom ist, den wir heute auch schon haben. Sehen Sie, Sie, Kollege Flecker, stimmen hier nickend zu, und das wollen wir doch alle nicht, gerade Sie – ich glaube – Sie waren auch führend in der Antiatomstrombewegung dabei, Sie sehen danach aus, der Kollege Getzinger war es sicherlich auch, und es wird einige andere im Haus geben, die es auch waren.

Fünftens: Stimmen die Medienberichte, daß die EdF mit zirka 500 Milliarden Schilling verschuldet ist, und was bedeutet die Verschuldung des Unternehmens für die Beteiligung an der ESTAG?

Sechstens: Stimmen die Medienberichte, „Profil“ 44/94, daß die EdF mit 65 Milliarden Kilowattstunden Überkapazität belastet ist, und was bedeutet die Überkapazität für die steirische Energiepolitik?

Siebtens: Ist Ihnen bekannt, daß die EdF führend an der Entwicklung des Mega-AKW's Euroreaktor mit 1500 Megawatt Leistung beteiligt ist?

Achtens: Welche Folgen würde der Einstieg der EdF für regionale Energieunternehmen in der Steiermark haben?

Neuntens: Welche Nebenleistungen hat die EdF geboten? Wie hoch sind diese im einzelnen zu bewerten? Das wäre auch einmal für die Abgeordneten sicherlich sehr interessant, das zu erfahren, wie hoch die Nebenleistungen sind. (Abg. Dr. Flecker: „Warum habt ihr sie nicht gefragt im Ausschuß?“) Weil ich es müßig bin, lieber Kollege. Ich bin es müßig, im Ausschuß Fragen zu stellen, die dann abgetan werden mit ausweichenden Antworten. Es heißt, es sind nicht die Fragen blöd, sondern nur die Antworten, um das auch einmal zu sagen. Und ich bin es müßig, hier zu fragen und dann die Antwort zu bekommen, das geht Sie nichts an, weil ich bin der Eigentümerversorger in Figur und Form des Herrn Landesfinanzreferenten. Da haben Sie scheinbar hier vergessen, daß es doch mehrere gibt, die hier zwar Minderheiten sind, aber halt doch auch gerne wissen würden, was los ist. Deshalb sind wir es hier schon müßig, immer Fragen

zu stellen, wo man entweder keine Antworten bekommt oder nur Blublu-Blabla, und das ist für uns zu wenig. Deshalb fragen wir auch jetzt und hier. (Beifall bei der FPÖ.) Und ich weiß, es tut Ihnen weh, das jetzt und hier zu hören, denn jetzt und hier müssen Sie auch in der Öffentlichkeit Rede und Antwort stehen. Und da kann die Öffentlichkeit auch hören, ob das jetzt gute Antworten sind, gescheite Antworten, wo man auch was zu hören bekommt, oder ob es halt doch nur Blublu-Blabla ist. Und das kann jetzt die ganze Öffentlichkeit hören. Und deshalb tut es Ihnen weh.

Zehntens: Wie sehen a) die Kooperations-, b) die Syndikatsverträge und c) die Geschäftsordnung aus? Denn auch das sind drei Punkte, die man eigentlich wissen müßte, um hier seriös urteilen und entscheiden zu können, denn das sind Punkte, die ich vorher wissen muß, um dann auch eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu haben. Und auch hier werden wir wieder die Antwort bekommen, denn das habe ich ja auch im Ausschuß gefragt oder haben auch verschiedene Kollegen gefragt, werden wir wieder die Antwort bekommen, das geht Sie nichts an? Sie bekommen keine Informationen, das geht den Finanz-Ausschuß im Landtag und den Landtag schon überhaupt nichts an. Das wird die Antwort sein, bitte, damit können Sie sich zufriedengeben. Wir, die Freiheitlichen, geben uns damit nicht zufrieden.

Elfte: Wie sehen die langfristigen Strategien für die Energiepolitik in der Steiermark aus? Und da würde mich schon interessieren, Sie brauchen mir nicht sagen heute und jetzt, wann an die Börse gegangen wird, sondern schon, ob es wirklich Ziel des Landesfinanzreferenten ist, denn daß es das Ziel von der ÖVP und vom Landesrat Paierl ist, das glaube ich ihm auch sehr wohl, nur, in dem Gespräch wurde er ja so ein bißchen niedergedrückt, und du sagst jetzt nichts. Hier würde mich sehr wohl die Position des Landesfinanzreferenten interessieren. Will er denn wirklich an die Börse gehen? Wie sieht hier die langfristige Strategie aus? Ist auch geplant, über die 50 Prozent, die eigentlich das Land behalten soll, hinaus eine wirkliche Privatisierung zu machen? Ist geplant, auch eine Privatisierung zu machen an wirklich Private, oder wollen wir uns weiter an andere Staatsunternehmen verkaufen? Das sind die Fragen, die sehr wohl eine langfristige Strategie betreffen, und das wäre auch interessant, daß da der Landtag darüber informiert wird, was langfristig in der Steiermark geplant ist.

Zwölfte: Mit welcher Summe werden die 5,6 Milliarden auf die Kapitalerhöhung, die freien Rücklagen, gebundenen Rücklagen und Zuschüsse verteilt? Denn auch das sind Dinge, die sicherlich sehr interessant wären. Auch da haben wir schon wieder gehört, das geht uns nichts an.

Du brauchst nicht nervös werden, Kollege Riebenbauer, ich habe noch fünf Minuten. Du brauchst nicht nervös werden, es kommt noch ein bißchen was. Es ist bei dieser letzten Frage sehr interessant, daß zuerst – denn ich habe mir das schon durchgelesen, hier steht beim Punkt fünf: Offen ist noch die Aufteilung des von der EdF angebotenen Gesamtbetrages von 5,6 Milliarden auf Kapitalerhöhung und Zuschüsse. Da steht, es ist noch offen. Und wenn man dann weiterliest, auf der Seite 17, dann ist es schon weniger offen, da hat

sich innerhalb von zwei Seiten die Meinung schon geändert: 166 Millionen werden auf die nominelle Kapitalerhöhung aufgeteilt und der Rest als Zuführung und die Kapitalrücklage der ESTAG und/oder ihrer Tochtergesellschaft in Form von Zuschüssen. Aber es wäre trotzdem interessant, wie der Restbetrag verteilt wird, um hier wirklich sagen zu können, ob der Verkauf jetzt was Gutes ist oder nicht. Wenn man sich die Bilanz anschaut, und wir kriegen dann doch – obwohl es uns nichts angeht – immer wieder einen Geschäftsbericht, auch dann wäre es interessant zu sehen, ob diese Gelder wirklich dafür verwendet worden sind und wo das Geld wirklich hingeflossen ist. Und es ist wohl legitim, daß man sich als Landtag auch dafür interessiert, ich bin schon sehr gespannt, was Sie uns hier für Antworten geben werden. Lieber Kollege Flecker, ich nehme schon zur Kenntnis, daß es hier Mehrheiten geben wird. Aber nehmen Sie auch einmal zur Kenntnis, daß es Minderheiten und eine Opposition gibt, die sehr wohl auch ihre Meinung sagt, die Ihnen zwar nicht gefällt, aber die Sie sich, weil wir in einer Demokratie leben, anhören müssen. (Beifall bei der FPÖ. – 17.15 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zur Beantwortung dieser dringlichen Anfrage erteile ich dem Herrn Landesrat Ressel das Wort.

Landesrat Ing. Ressel (17.16 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Die Anfrage der Frau Mag. Bleckmann, Mag. Zitz, Ing. Schreiner, Dr. Wabl, Porta, List, Mag. Hartinger, Dietrich, Wiedner und Schinnerl ist für mich der Versuch, ein Regierungsmitglied in der Öffentlichkeit in eine schwierige Position zu bringen, denn Sie haben bei der Behandlung der Hereinnahme eines strategischen Partners im Finanz-Ausschuß von mir immer wieder die Argumentation hören müssen, daß auch ich die Bestimmungen des Aktiengesetzes zu akzeptieren habe beziehungsweise die Informationspflicht von Vorstand und Aufsichtsrat und deren Autonomie im Rahmen des Aktiengesetzes zur Kenntnis zu nehmen habe. Und nachdem unabänderlich davon Sie den Fragenkatalog nicht geändert haben, Sie meine persönliche Zwangslage kennen und trotzdem mich in dieser Zwangslage zur Veröffentlichung zwingen wollen (Abg. Mag. Bleckmann: „Sie tun es eh nicht!“), setzen Sie mich der Gefahr aus, daß die Mehrheit dieses Hauses – und Sie sind als fragstellende Minderheit – bei allfälliger Beantwortung mich einem Mißtrauensantrag unterzieht. Ich beantworte daher unter diesen Aspekten:

Ad eins: Zwischen der Beteiligung an der ESTAG und dem von Ihnen angesprochenen Problem besteht meines Erachtens kein Zusammenhang.

Ad 2: Die Verwendung der durch die Hereinnahme des Partners lukrierten Mittel fällt in die Zuständigkeit der Organe der ESTAG beziehungsweise der operativen Gesellschaften.

Ad 3: Wie Sie wissen, kann auch jetzt schon im internationalen Stromnetz niemand wissen, woher jene Elektronen stammen, die bei ihm aus der Steckdose kommen. Das wird auch in Zukunft technisch und physikalisch nicht mehr oder weniger möglich sein als bisher.

Ad 4: Hier verweise ich auf meine vorhergehende Antwort.

Ad 5: Dieser von Ihnen genannten Zahl steht laut Auskunft von Kleinword & Benson ein Anlagevermögen von 1200 Milliarden gegenüber.

Ad 6: Mir ist bekannt, daß die EdF als international tätiges Unternehmen Kapazitäten für den Export vorsieht. Wie diese disponiert werden, liegt im Ermessen des Unternehmens.

Ad 7: Dabei handelt es sich um ein Kooperationsprojekt deutscher und französischer Unternehmen, von denen eines die EdF ist.

Ad 8: Nicht die Hereinnahme eines Partners nimmt Einfluß auf die Situation am Energiemarkt, sondern die europaweite Liberalisierung desselben. Durch den vorliegenden Entwurf des Energie-Organisationsgesetzes erhalten bei Beschlußfassung regionale Energieunternehmen ja den Status zugelassener Kunden am internationalen Strommarkt und können damit selbst bestimmen, wo sie einkaufen.

Ad 9: Im wesentlichen handelt es sich um Strom- und Gasbezüge. Wie diese zu bewerten sind, hängt von der jeweiligen Marktlage ab.

Ad 10: Der wesentliche Inhalt dieser Dokumente ist in der eingebrachten Landtagsvorlage dargestellt.

Ad 11: Wie die letzten Wochen deutlich gezeigt haben, ist die ESTAG nun ein potenter Mitbewerber am österreichischen Energiesektor. Dies macht es uns sicher leichter, weiterhin an einer österreichischen Lösung mitzuarbeiten. Des weiteren zielen die Strategien in Richtung der südost- und der ost-europäischen Märkte ab. Zusammenfassend zielen alle Strategien auf die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Steiermark ab.

Ad 12: Die endgültige Aufteilung der Mittel wird von den Organen der Gesellschaften gemäß den betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten vorzunehmen sein. Danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. - 17.19 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur dringlichen Anfrage der FPÖ und der Grünen und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (17.20 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Leute im Zuschauerraum!

Ad 1: Herr Landesrat Ressel, so schnell habe ich Sie im Landtag noch nie reden gehört.

Ad 2: Herr Landesrat Ressel, die Fragen, die wir formuliert haben, die Grünen beziehungsweise mit Unterstützung der freiheitlichen Fraktion, sind keine unverschämten Fragen von einer beziehungsweise einer halben Oppositionsfraktion, sondern ad 2, Herr Landesrat, diese Fragen sind Fragen, die sich derzeit viele, viele Leute in der Steiermark stellen. Diese Fragen sind Fragen, die sich viele Leute in Österreich stellen, und diese Fragen sind Fragen, die sich alle

Leute stellen, die sich dafür interessieren, daß in der Steiermark und in Österreich kein Atomgroßkonzern Fuß faßt, sondern daß man zumindest kleine Schritte in Richtung nachhaltige ökosoziale Energiewirtschaft setzt.

Der zweite Punkt, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen, und ich spreche jetzt speziell die Landtagsabgeordneten an. Sie spenden dem Landesrat Ressel begeisterten Applaus dafür, denn er war nicht bereit, auf einige der Fragen einzugehen, die für uns besonders interessant sind. Ich muß sagen, so schnell wie vorher habe ich auch erst selten mitgeschrieben, sehr geehrter Herr Landesrat. Ich möchte jetzt auf zwei oder drei Ihrer Punkte versuchen, in dieser Geschwindigkeit zu replizieren. Sie sehen, die Nervosität bei der SPÖ-Fraktion ist hier im Haus gegeben, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Als wir im Ausschuß gesessen sind, als wir im Finanz-Ausschuß gesessen sind, ist genau das gleiche passiert, wie es im Budgetfinanz-Ausschuß war, die beiden großen Fraktionen im Haus sind stillschweigend dagesessen. Die beiden großen Fraktionen im Haus waren nicht bereit, ihrem Wähler- und Wählerinnenauftrag nachzukommen, nämlich den Ausschuß als Arbeitsausschuß und als Informationsausschuß wahrzunehmen. Im Finanz-Ausschuß war keine einzige Vertretung der Electricité de France International zugegen. Im Finanz-Ausschuß hat es keine einzige Frage gegeben vom Kollegen Vollmann oder von den Kollegen der ÖVP, die sich gerade mit Zwischenrufen präsentiert haben. Zurück zur Anfragebeantwortung vom Herrn Landesrat. Interessant war, daß Sie gemeint haben, daß die Frage, ob mit Clearingverträgen, also sprich mit Intervention über Dritte, entweder über den Westen, etwa über die Bayernwerke oder selbstverständlich auch über den Osten, nachdem die EdF ja im Ostgeschäft relativ aktiv ist, Nuklearenergie nach Österreich kommen könnte. Da gibt der Landesrat Ressel die Antwort, das ist für ihn unbeantwortbar. Das zweite Thema: Sie sagen, daß etwa die Kooperation vom Euroreaktor, wo Deutschland und Frankreich kooperieren, daß das für Sie offenbar kein größeres Problem ist. Das ist selbstverständlich ein Projekt, das ein Drittel größer als Temelin ist. Und da interessiert mich als österreichische Steuerzahlerin und auch als Landtagsabgeordnete sehr wohl, ob Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bereit sind, eine Kooperation zu unterstützen mit Ihrer Stimme hier im Haus, die den Bau eines Reaktors mit ermöglichen wird, der immerhin um ein Drittel größer als Temelin ist. (Abg. Vollmann: „Frau Kollegin, was Sie für einen Blödsinn da reden, ist ein Wahnsinn!“) Herr Vollmann, ich habe 20 Minuten Zeit. Melden Sie sich bitte später, outen Sie sich als Öko- und Energieexperte, aber lassen Sie mich im Moment meine Ausführungen zur hervorragenden Antwort Ihres Landesrates fertigmachen. (Abg. Vollmann: „Wo baut einer den Atomreaktor?“) Das ist ein Reaktor, der in Auftrag gegeben ist. Herr Kollege Vollmann, das größte Problem ist, daß der Standort für diesen Reaktor nicht gesichert ist und daß es jetzt so aussieht, daß laut geltendem EU-Recht es möglich sein könnte, daß dieser Reaktorstandort ungebunden bewilligt wird. (Abg. Vollmann: „Das ist ein Irrtum!“) Das ist ein noch größeres Problem, weil dieser Reaktor durchaus dann auch an der öster-

reichischen Grenze stehen könnte (Abg. Vollmann: „An der Grenze stehen eh schon ein paar, das können wir nicht verhindern!“), weil einfach die Genehmigungsverfahren wesentlich verkürzt worden sind. Noch eine Frage. Eine unserer Fragen war, wie sehen die langfristigen Strategien, Herr Präsident, könnten Sie mir zu meinem Wort verhelfen? Herr Präsident, ist das möglich, denn ich werde sonst nicht weiterreden. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Sie haben das Wort, Frau Kollegin!“) Nachdem Herr Kollege Vollmann sich wieder entemotionalisiert hat und der Ökoexperte Flecker von der SPÖ zum Glück nicht herinnen ist, möchte ich noch auf das eingehen, was der Landesrat Paiel gesagt hat, als die Frage gekommen ist, wie sehen die langfristigen Strategien für die Energiepolitik in der Steiermark aus. Natürlich wird es so sein, und es hat das Gremium im Finanz-Ausschuß, mit kompetenten Personen besetzt, durchaus bestätigt, daß der Strom in der Steiermark billiger werden wird. Die Gewinner werden hundertprozentig nicht die kleinen Energieverwertungsunternehmen sein, die Gewinner werden hundertprozentig nicht unsere Expertinnen und Experten, Vereine und Aktivisten im Solarbereich und im Biomassebereich sein, sondern die Gewinner werden die EdF sein beziehungsweise die EdFI, die ja ohnehin schon auch in der Steiermark und in Österreich in unterschiedlichsten Bereichen aktiv ist, anteilmäßig über Tochterstrukturen, Österreichische Kommunalkredit oder auch in Halbenrain, die leider Gottes bereits aktiv ist. Das heißt, ich gehe davon aus, daß die Energiepolitik in der Steiermark weggehen wird von einem annähernd ökologischeren und annähernd nachhaltigeren Weg. Ich gehe davon aus, daß ihre kleinen EVUs in fünf bis zehn Jahren nicht mehr existent sein werden, und ich gehe auch davon aus, daß die Parteienverhandlungen, die wir geführt haben für gerechte Einspeistarife, für eine Schließung der grenznahen AKWs, Stichwort Krško, für Aktivitäten in Richtung Umstrukturierung, koordinierter Kraftwerksausbau in Österreich insgesamt und selbstverständlich Maßnahmen in Richtung Energieeffizienz und Energiesparen, daß diese Maßnahmen in den nächsten Jahren für die Steiermark einfach nicht mehr attraktiv genug sein werden.

Jetzt noch zu der Struktur der EdF beziehungsweise auch eine Replik auf das, was am Sitzungsanfang von den beiden zuständigen Landesräten gesagt wurde. Ich habe den Begriff „Atomcluster“ in der Früh verwendet, und ich habe diesen Begriff sehr bewußt verwendet, einfach um aufzuzeigen, daß die EdF ein Partner ist, der einzig und allein Kompetenz im Nuklearenergiegeschäft hat. Landesrat Paiel hat dann diskret von hinten Biomasse zugeflüstert und hat damit ein Projekt in Schweden gemeint. Sehr geehrter Herr Landesrat, die EdF kann von ihrem Kraftwerkspark her, von ihren Expertinnen und Experten her und auch von ihrer Gesinnung her nur eines, nämlich äußerst zentralistisch Strom zu produzieren, äußerst zentralistisch Atomstrom zu verwalten und jetzt in der Steiermark einzusteigen und hier nachhaltige und kleinstrukturierte Versuche, die gestartet wurden in den letzten Jahren mit aller Kritik, die ich an der steirischen Energiepolitik, und viele andere auch, haben, diese Versuche zu desavouieren.

Das zweite Thema noch: Ich sehe nicht ein, warum dieser Antrag dermaßen schnell durch das Haus geht. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bitte beschimpfen Sie mich jetzt nicht des Zynismus, aber von der ÖVP hat es einen Antrag gegeben auf eine Lebensrettermedaille. Diese Lebensrettermedaille wird in Österreich und in der Steiermark verliehen, und es gibt in der Steiermark Gott sei Dank ein Gesetz, das beschreibt, wie diese Medaille ausschauen soll. Von den großen Fraktionen hat es im zuständigen Ausschuß zu diesem Miniantrag mehr Wortmeldungen gegeben, als wenn dieses 5,8-Milliarden-Schilling-Stück über die Bühne geht. 5,8 Milliarden Schilling, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Achtel unseres Landesbudgets. Wir haben vor genau zehn Tagen das Landesbudget hier im Haus abgestimmt mit Gegenstimme der Grünen. In diesem Landesbudget ist kein Groschen drinnen, was diesen Verkauf betrifft, in diesem Landesbudget, in den Begleitstücken, hat es keinen einzigen Hinweis darauf gegeben, daß diese wirtschaftspolitische Großtransaktion heuer noch über die Bühne gehen wird. Und ich bin sicher (Landesrat Dipl.-Ing. Paiel: „Bitte, Frau Magister!“), der Herr Paiel nennt mich Frau Magister, wahrscheinlich um mir dann wieder einmal vorzuwerfen, wie unqualifiziert und wie inkompetent die Grünen auf seine großartige Struktur und Wirtschaftspolitik zuweilen reagieren. Sie sagen, das Geld bleibt im Unternehmen. Und Sie wollen dieses Unternehmen nachher – ich zitiere Sie wörtlich, ich habe das auch ziemlich sexistisch gefunden – „als schöne Braut auf den freien, EU-liberalisierten Markt schicken“. Sehr geehrter Herr Paiel, warum schicken Sie nicht die Feistritzwerke in Gleisdorf geschönt auf den Markt, indem Sie gerechte Einspeistarife erlauben? (Landesrat Dipl.-Ing. Paiel: „Weil die nicht dem Land gehören!“) Warum schicken Sie nicht die ARGE erneuerbare Energie auf den Markt, indem Sie dort die eine oder andere Stelle subventionieren, wo sich Leute bemühen, Solarbereich forciert anzubieten, etwa was Geschoßbauten betrifft? Warum schicken Sie nicht die Leute auf den freien Markt, die sich bemühen, in Österreich und in der Steiermark im Biomassebereich etwas anzubieten? Der Agrar- und Umweltlandesrat Pörtl war nicht einmal beim Ausschuß dabei. Der Agrar- und Umweltlandesrat Pörtl hat zugehört, was der Landesrat Ressel und der Landesrat Paiel zu dem Thema sagen, und zur Ökologie war von ihm nicht besonders viel herauszulocken.

Noch eine Bemerkung zur internationalen Solidarität und dem Vorwurf des Regionalchauvinismus, der vorher vom Herrn Klubobmann Flecker in meine Richtung gekommen ist. Ich wünsche mir eine internationale Solidarität, die in die Richtung geht, daß man endlich hergeht und im Rahmen der derzeit leider vorhandenen EU-Struktur eine ökosoziale Steuerreform durchführt. Ich wünsche mir internationale Solidarität in der Richtung, daß man endlich auf der ganzen Welt Atomkraftwerke schließt, und es für mich nicht einzusehen ist, warum die EdF, unser großartiges Partnerunternehmen, ausgerechnet derzeit in China Modellprojekte macht, ausgerechnet derzeit den Euroreaktor baut und ausgerechnet derzeit in Mohovce mitmischet. Sehr geehrter Herr Klubobmann, die internationale Solidarität, wie ich sie

angesprochen habe, ist vielen Steirerinnen und Steirern lieber als das, was Sie uns vorgeworfen haben, nämlich daß wir mit dem Konzern der EdF alles andere als glücklich sind. Das heißt, ich habe den Eindruck, daß die Ausführungen beziehungsweise das, was an Information jetzt vom Herrn Landesrat bei dieser dringlichen Anfragebeantwortung gekommen ist, tatsächlich so ist, daß die Kolleginnen und Kollegen im Haus diesem Regierungstück, wenn Sie halbwegs verantwortlich ihren Wählerinnen und Wählern gegenüber agieren wollen, nicht zustimmen können, und aus dem Grund möchte ich einen Antrag einbringen, Mag. Zitz und Dr. Wabl und mehr oder weniger freiwillig unterstützt von den Liberalen, betreffend Volksbefragung über den Verkauf von Anteilen der ESTAG an die EdF.

Es wird der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Über den Verkauf von Anteilen der ESTAG an die EdF ist in der Steiermark eine Volksbefragung gemäß Paragraph 44 Absatz 2 litera b Landes-Verfassungsgesetz 1960 durchzuführen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein Notbehelf, ein Notbehelf, den die Grünen einbringen wollen, zum Glück sehr, sehr breit unterstützt auch von Leuten der 380-kV-Bewegung, von Anti-Atomaktivisten, von Aktivistinnen und Aktivisten im Alternativenergiebereich. Ich ersuche Sie, diese Volksbefragung durchzuführen, diesem Antrag stattzugeben, bevor Sie mit nicht ausreichender Information und mit einem Landesrat, der es geschafft hat, Sie wahrscheinlich genauso zu frustrieren wie mich, wie er mit diesem Thema umgeht, bevor Sie diesem Stück den Zuschlag geben und damit einem monopolistischen Energieriesen, der einzig und allein Atomkompetenz hat, in der Steiermark ein Entree verschaffen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 17.34 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schreiner. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Schreiner (17.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist nicht so, daß die EdF nur Atomkompetenz hat. (Abg. Mag. Zitz: „80 Prozent!“) Es ist ein Wirtschaftsriese in Europa. Wir haben etwas gesehen heute in dieser Diskussion, daß wir über Wirtschaft sprechen, über eine Aktiengesellschaft und über unser eigenes Geschäft, über Politik, und das ist sehr schwer kompatibel. Ich muß schon verstehen, daß der Herr Landesrat Ressel ziemliche Probleme hat, diese Fragen zu beantworten. Aber wir haben auch natürlich ein Problem, wirklich mit bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden über eine Sache, wenn wir uns selbst diese Fragen nicht beantworten können. Der wesentliche Unterschied aus unserem Dafürhalten zwischen dem Geschäftsleben und der Politik ist, daß man im Geschäft wesentlich früher den Wahrheitsbeweis antreten muß und wesentlich früher weiß, ob man fehlentschieden hat oder nicht. Das ist in der Politik meistens erst nach der Legislaturperiode in abgeminderter Form der Fall. Es hat am 13. Mai dieses Jahres eine Landtagssitzung gegeben, da war die Thematik ESTAG/STEWEG. Wir haben uns damals

dafür stark gemacht und haben erklärt, daß wir die Gründung der ESTAG oder dieses Unternehmen nicht für notwendig halten, weil die STEWEG mit ihren Organen, da gibt es genauso einen Vorstand, einen Aufsichtsrat, und es gibt eine Hauptversammlung, Geschäfte, wie sie jetzt vorgenommen wurden, wie sie jetzt knapp vor dem Abschluß sind, machen hätte können unter der Voraussetzung, daß auch dasselbe Beraterteam zuständig und greifbar gewesen wäre. Ich habe damals von der Regierungsbank gehört, das machen wir nur deshalb, weil wir nicht haben wollen, daß der zukünftige Partner, Minderheitspartner, direkten Zugriff haben soll auf die STEWEG. Meine Damen und Herren, wir diskutieren heute stundenlang, und wir diskutieren nicht stundenlang über die Fernwärme und über Ferngas, sondern wir diskutieren über die STEWEG im eigentlichen Sinne. Das heißt, auch damals wurde von der Regierungsbank etwas gesagt, wo heute der negative und der gegenteilige Wahrheitsbeweis angetreten wird. Wir haben zu diesem vorliegenden Regierungstück an sich schon Anmerkungen, die uns nicht gefallen.

Da steht zum Beispiel drinnen, daß, Bezug genommen auf die Ausschreibung, das zur Kenntnis genommen werden muß, daß momentan dem Land Steiermark Geldmittel nicht zufließen werden, mit dem Hinweis darauf, daß das in späterer Form über Aktienveräußerung schon stattfinden kann. Jetzt ist es aber so, daß wir jetzt momentan, wir, das Land Steiermark, einen Kaufpreis erzielen, der für viele wahrscheinlich unverständlich hoch ist, der uns aber sehr freut. Es ist für einen Vertreter des Landes schon das erste und vorrangige Begehren, oder es muß es sein, daß wir für das Land Steiermark Geld lukrieren wollen. Die gesamte Kaufsumme, nämlich de facto 4,2 Milliarden Schilling, weil der Rest ist an sich der Anteil, den sich der Käufer selbst kauft durch 25 Prozent Anteile am Unternehmen, ist im Grunde genommen gut für das Unternehmen. Das Unternehmen ist sehr gut gerüstet für den Wettbewerb. Aber wir stellen uns schon die Frage, stellen wir uns folgendes vor: Es gibt in der Steiermark zwei Unternehmungen, das eine Unternehmen ist ein privates, und das andere ist der Landesenergieversorger, und es würde plötzlich eine Käufergruppe diesem privaten Unternehmen einen Milliardenbetrag direkt zufließen lassen, noch dazu so, daß die Erhöhung des Stammkapitals nur in sehr bescheidener Form vorgenommen wird und der Rest zum großen Teil zu den stillen Reserven kommt. Da würden sich wahrscheinlich der Landesenergieversorger und die Politiker fürchterlich aufregen, weil da würde man über verbotene Subvention reden. Die Geschichte ist an sich – würde ich sagen – schon auch noch zu durchleuchten. Wir haben gewußt, daß wir bis jetzt von 100 Prozent Geschäftsanteilen an der STEWEG eine Dividende in den letzten Jahren von 80 Millionen Schilling erwarten konnten.

Im letzten Jahr wurde diese Dividende ausgesetzt. Wenn wir theoretisch als Land verkauft hätten, und das haben wir de facto, aber der Kaufpreis fließt uns ja nicht zu, und wir hätten theoretisch um 4,2 Milliarden Schilling verkauft, dann hätten wir um 4,2 Milliarden Schilling Schulden tilgen können. Diese Schuldentilgung in der Größenordnung von 4,2 Milliarden

Schilling hätte bei der Verzinsung, die wir in diesem Land moment haben, vier Prozent in etwa ist der Schnitt, hätten wir unser Budget um 160 Millionen Schilling im Jahr sofort bessergestellt, und das wäre etwas sofort Greifbares. Das wäre, um das Land vertreten zu wollen, sicher die bessere Lösung wirklich, aus der Sicht des Landes gesprochen, nicht aus der Sicht der STEWEAG gesprochen, sondern aus der Sicht des Landes gesprochen. Aber nochmals, unser vorrangiges Interesse muß das Land Steiermark sein. Zu welchem Preis wir wann Aktien verkaufen können, wie der Ertrag sein wird, das wissen wir nicht. Aber wenn die Mittel dem Land Steiermark zugeflossen wären oder zufließen würden, auch in einem kleineren Ausmaß, dann hätten wir direkt einen Ertrag. Das ist einmal festzustellen, und das wäre direkt für das Unternehmen Steiermark besser. Was macht im Grunde genommen die STEWEAG jetzt? Sie rüstet sich mit dem neuen, minderheitsbeteiligten Unternehmen für den Verdrängungswettbewerb. Was heißt Verdrängungswettbewerb? Verdrängungswettbewerb heißt, daß ein Preiskampf entsteht. Der entsteht aber nicht, weil die EdF sich jetzt bei der STEWEAG beteiligt hat, sondern das ist einfach die Liberalisierung des Strommarktes. Aber im Verdrängungswettbewerb verliert auch der Verdränger immer Geld, folgedessen ist anzunehmen, daß von diesem Mittelzufluß zu den stillen Reserven ein sehr großer Anteil für diesen Verdrängungswettbewerb verbraucht werden wird, folgedessen liegt der Schluß nahe, daß wir für dieses Aktienpaket, das zu einem späteren Zeitpunkt verkauft werden kann, nicht einmal annähernd im selben Ausmaß Mittel lukrieren werden können. Ich gebe zu, daß das eine Vermutung ist, aber es ist auf der anderen Seite eine Tatsache, wenn ich jetzt verkaufe und als Land Geld lukriere, daß ich damit Schulden abdienen kann und damit Vorteile aus dem Zinsendienst habe – eine Vermutung gegenüber einer Tatsache, folgedessen muß ich letzten Endes als Landesvertreter doch eher zur Tatsache greifen, und nicht in erster Linie Vermutungen folgen. Vielleicht noch zur Diskussion Strategie, strategischer Partner, Strategie. Das wird so auch im Ausschuß und einige Male im Landtag so irgendwie als Mirakel beschrieben. Ich glaube, es gibt nicht so viele Strategien für ein Unternehmen. Es gibt zwei im wesentlichen. Die eine Strategie heißt Wachstum, und die zweite Strategie heißt Geld verdienen. Aber es gibt kein Unternehmen, das die Strategie hat, 5,6 Milliarden Schilling ins Land zu investieren und dann möglichst wenig dafür zu lukrieren. Folgedessen ist Wachstum wahrscheinlich das Vorrangige, und das Nachrangige oder wahrscheinlich Gleichrangige ist Geld zu verdienen. Wenn jetzt ein Unternehmen 4,2 Milliarden Schilling investiert (Abg. Dr. Wabl: „Der Mensch ist gleichrangig!“), wir sprechen von Unternehmen, und da kommt die Menschlichkeit in den letzten Jahren – Stichwort Globalisierung – ziemlich kurz. (Abg. Dr. Wabl: „Gegen das müssen wir ankommen!“) Wir reden von einer Investition von 4,2 Milliarden Schilling. Das ist in Europa etwa der Schnitt, daß sich die Unternehmen eine Verzinsung ihres Eigenkapitals von in etwa 14 Prozent erwarten. Das heißt, es ist zu erwarten, daß sich die EdF, unser Partner, für das eingesetzte Kapital theoretisch 600 Millionen Schilling

jährlich erwartet, theoretisch. Was das heißt, für 25 Prozent 600 Millionen Schilling zu lukrieren, das ist unvorstellbar, weil wir können uns nicht vorstellen, daß insgesamt 2,4 Milliarden Schilling in Zukunft Dividenden ausgeschüttet werden. Folgedessen kommt natürlich schon der Syndikatsvertrag wieder. Wie weit sind wirklich über den Syndikatsvertrag Rechte, Macht und die Möglichkeit der Geldentnahme in Richtung Minderheitspartner gesteuert? Es gibt zu diesem Thema sicher mehr offene Fragen, als Fragen heute weder im Ausschuß noch hier im Landtag beantwortet werden haben können und beantwortet werden. Wir haben einige Male schon Diskussionen gehabt, und das Thema ist in etwa immer dasselbe. Wir sehen das bei der Darlehensaufnahme, wir sehen das beim Budget. In Wirklichkeit können wir Landtagsabgeordnete, wenn wir zustimmen, von unserem Recht der Gesetzgebung nicht Gebrauch machen, weil wir einfach zu wenig wissen oder die Vorlagen so definiert sind, daß wir nicht genau wissen, wo wir zustimmen. Folgedessen bleibt dann wirklich nur die Möglichkeit, entweder sich der Stimme zu enthalten, indem man sich aus dem Saal entfernt, unser Präsident Vesko hat das schon angekündigt, oder einfach dagegen zu sein, weil man nicht weiß, wofür man ist, wenn man dafür ist. Wir sind nicht dazu da, als Abstimmungsmarionetten, Handhebemarionetten, an den Schnüren der Landesregierung tätig zu sein. (Beifall bei der FPÖ.)

Nachdem wir aber noch nicht die Hoffnung aufgegeben haben, jetzt gleich Geld für das Land Steiermark zu lukrieren, möchten wir einen Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wie folgt einbringen, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, im Zuge der beabsichtigten Unternehmensbeteiligung der EdF an der ESTAG mit 25 Prozent plus einer Aktie, um insgesamt 5,6 Milliarden Schilling, Maßnahmen zu treffen, damit mindestens die Hälfte des Betrages dem Landesbudget zufließt. (Beifall bei der FPÖ. – 17.46 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (17.46 Uhr): Meine sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mich auf drei Fragen zu diesem so wichtigen emotionalen und vor allem auch zukunfts-trächtigen Thema beschränken. Ich bedaure es, daß meine Gesprächspartnerin, die Frau Landeshauptfrau, momentan nicht da ist. Aber ich konnte nicht davon ausgehen, daß sie jeder Wortmeldung beiwohnt, ich hätte aber ein paar Fragen an sie gehabt. Vielleicht kann man ihr das per Radio oder durch das Stenogramm übermitteln, weil ich einfach glaube, daß Frau Landeshauptfrau Klasnic sehr wohl Sensibilität für diese Frage von allen möglichen Gesichtspunkten hat. Und vor allem glaube ich das deshalb, weil ihr offensichtlich die Problematik der friedlichen Nutzung von Atomenergie bewußt ist und vor allem auch die Problematik des Verlustes unserer Glaubwürdigkeit. Sie hat – und das steht in der Ausgabe „Fahrten zur Electricité de France“, also sprach Waltraud Klasnic:

Gerade die steirische Bevölkerung weiß um das Gefährdungspotential, das vom Kernkraftwerk Krško ausgeht. Meiner Meinung nach müßte Österreich nun die Initiative ergreifen, eine Koalition der atomfreien Staaten zu schaffen und dafür die entsprechenden Schritte auf nationaler und internationaler Ebene in die Wege zu leiten. Auch der Steiermärkische Landtag, und ich appelliere an Sie alle und möchte zu Ihrer Nachdenklichkeit beitragen, hat den Beschluß gefaßt, die Bundesregierung in diesem Sinne um Unterstützung zu bitten. Wenn solche Beschlüsse einen Sinn haben, dann heute. Wir haben sicherlich schon Tausende von Beschlüssen gefaßt, im Wettstreit, wer mehr produziert, vor allem bei Budgetlandtagen, vielleicht haben wir am nächsten Tag schon oft vergessen, welche Beschlüsse das waren, aber jedenfalls, wenn wir uns selbst ernst nehmen, und ich appelliere an die Vertreter der beiden Mittelparteien, der beiden gleich starken Parteien, daß sie heute diesen ihren Beschluß ernst nehmen. Ich appelliere vor allem deshalb – und schade, daß die Frau Landeshauptfrau nicht da ist, weil der Herr Landeshauptfraustellvertreter mit solchen Parabeln und Gleichnissen – (Abg. Vollmann: „Er steht hinter dir!“) ich weiß schon, aber ihm sind solche Parabeln und Gleichnisse, wie ich sie jetzt bringen werde, nicht vertraut, daher habe ich irgendwo auf die Frau Landeshauptfrau gebaut. Aber lassen Sie mich vor Ihnen allen ein Beispiel, ein Gleichnis bringen. Wenn dieser selbe Deal vor ein paar hundert Jahren passiert wäre, das heißt also, in der Steiermark ist das Land Steiermark unter dem Erzherzog Johann, oder wann immer er gelebt hat, bereit, etwas zu verkaufen in Europa. (Landesrat Ing. Ressel: „Wann hat er denn gelebt?“) Er hat zur rechten Zeit gelebt! Wertvolles, wesentliches Gut, das uns allen gehört. Und nun gibt es ein Ausschreibungsverfahren, wer dieses Gut und das Meistbot erwerben will. Und da bewerben sich ein ehrenwerter Getreidebauer aus Niederösterreich, aus Oberösterreich ein Obstbauer, und dann bewirbt sich ein Räuber aus Frankreich, der bei einem Millionencoup Millionen französischer Franc erbeutet hat und der international in Europa gesucht wird, soweit es damals überhaupt möglich war – aber gehen wir davon aus, daß diese Rasterfahndung bis dato nicht erfolgreich war. Wir Österreicher suchen den genauso, so wie wir in Kyoto die friedliche Nutzung der Atomenergie verdammt haben und wie wir alle ächten wollen, die diese friedliche Nutzung und diese Atomkraft für Stromzwecke nutzen. Und nun überlegen wir, wem geben wir unser wertvolles Gut aus dem Schloß Stainz von mir aus, ein Juwel aus dieser Zeit? Da gibt es mehrere Angebote, vom niederösterreichischen Bauern der Betrag, ich weiß nicht, was damals gegolten hat, rechnen wir es auf Franc um, von mir aus eine Million Franc, von Oberösterreich auch eine Million und vom französischen Räuber 1,5 Millionen Franc. Und wir sagen, wir wollen das herausbekommen, was am meisten bringt, weil Geld stinkt nicht, der Strom hat auch kein Mascherl, daher so wie in der heutigen Zeit, aber damals, uns ist es Wurscht, wem wir das Juwel von Stainz geben, wir wollen möglichst viel lukrieren und dieses Juwel an den französischen Räuber verkaufen, der in ganz Europa gesucht wird. Dieses Geschäft wird bekannt, wir haben zwar das Geld eingesteckt, und anschließend erklären wir Steirer, wir Österreicher, der

inzwischen in der Steiermark war, weil morgen kommen die Herren nach Graz, wir haben zwar ein Geschäft gemacht, aber die fahren wieder nach Hause, und nun suchen wir ihn weiter, weil er ist ja ein Räuber. Wir haben ja mit seiner Beute, wir haben an ihn verkauft gegen seine Beute. Jetzt frage ich, wie glaubwürdig wäre damals unter Erzherzog Johann diese Bevölkerung der Steiermark gewesen, wenn sie den zwar mit freiem Geleit reinläßt, obwohl er ein Räuber ist, und dann lassen wir ihn wieder fort? Und jetzt schauen alle anderen Europäer dazu, daß wir den Räuber ja erwischen. Wißt ihr, was das strafrechtlich gewesen ist, damals zu dieser Zeit? Das heißt Hehlerei, den Gewinn aus einem Raubzug einstreifen, um möglichst viel Gewinn zu machen. Das gebe ich zu überlegen, und das wird ein bißchen plastischer für die heutige Zeit zu schildern. Und, Herr Landesrat Paierl, weil du dich so da hier mokiert hast oder weil du hier mich etwas belächelt hast, wenn wir von Glaubwürdigkeit sprechen, und ich will keinen Stein werfen, und ich weiß, daß in der Politik Entscheidungen zu treffen verdammt schwierig ist und wir oft, und manchmal ist es uns lieber, wenn es keine Gewissensentscheidung ist, aber es kann vorkommen, sehr selten, so wie heute, zwei Tage vor Weihnachten, daß wir eine Gewissensentscheidung hier treffen müssen. Und da geht es jetzt meiner Meinung nicht darum, ob wir die Meinung der FPÖ oder der Grünen – und glauben Sie mir, wir haben viele Unterschiede, aber in dieser Frage im Kampf gegen die friedliche Nutzung der Atomenergie sind wir derselben Meinung, aus welchen Motiven auch immer. Und dazu stehe ich, dazu bekenne ich mich, was nichts daran ändert, daß wir in vielen anderen Dingen, in der Vergangenheitsbewältigung und anderen Fragen unterschiedlicher Meinung sind. (Beifall bei den Grünen und der FPÖ.)

Aber der Kampf gegen die friedliche Nutzung der Atomkraft eint uns heute. Und wenn man recht hat, dann hat man recht, obwohl – ich sage es noch einmal – wir haben viele Gefechte geliefert, und dazu stehe ich auch. Wir machen Sachpolitik, und wir haben nichts dabei gefunden, in dieser Sachfrage eine Kooperation durchzuführen. Was nicht heißt, daß Welten zwischen den Grünen und den Freiheitlichen in vielen Bereichen, Ökologie, Ideologie, Vergangenheitsbewältigung, bestehen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wieso verteidigst du dich jetzt?“) Ich brauche mich nicht verteidigen, ich wollte es dir nur sagen. Aber es geht jetzt um das Gewissen, Herr Landesrat Paierl, und man kann auch gescheiter werden mit der Zeit. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Man kann aber auch oft blöder werden!“) Du meinst mich, daß ich blöder geworden bin, ich nehme das gerne zur Kenntnis. Aber man kann auch opportunistisch sein, man kann auch seine Entscheidung nach dem Wind richten. Und, Kollege Paierl, du hast im Jahr 1980 die Arbeitsgemeinschaft Antiatom Steiermark unterstützt. Ich lese da: Dipl.-Ing. Herbert Paierl. Das ist das für deinen eigenen Seelenfrieden, den du mit dir selber ausmachen mußt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Du glaubst es nicht, aber es ist so!“) Und da steht auch der Name Waltraud Klasnic, die Frau Landeshauptfrau, die ich sehr schätze. Und ich glaube, ich habe schon sehr oft Vorwürfe bekommen, daß ich sie zu einseitig hervorhebe und lobe. Ich stehe nicht an, das zu tun,

wenn der Anlaß gegeben ist. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Was willst denn sagen, Martin? Sage es!“) Warte ein bißchen, ich sage es gleich. Auch die Frau Landeshauptfrau Waltraud Klasnic hat damals diese Petition unterschrieben. Daher meine ich, daß auch sie sich fragen muß, hat sie ihre Meinung geändert oder war sie damals nicht dieser Meinung und hat nur unterschrieben, wie das auch der Landeshauptfraustellvertreter Schachner damals bei der Einladung für das K4-Treffen gemacht hat? Dann hat es geheißt, die Kanzlei war schuld. Es mag sein, daß auch da hier die Kanzlei schuld war. Aber es mag auch sein, daß aus opportunistischen Gründen sich die Meinung geändert hat. Ich respektiere das, und ich habe volles Verständnis für die Änderung von Positionen im Laufe der Zeit. Nur, wenn dies zu Lasten der Sicherheit der Bevölkerung, zu Lasten unserer Glaubwürdigkeit geht, und wir sind stolze Steirerinnen und Steirer und glauben, daß wir viel Positives bewegen, und auch die Frau Landeshauptfrau bewegt viel Positives.

Aber in dieser Frage laufen wir Gefahr, unsere Glaubwürdigkeit zu verlieren. Ein Drittes, damit ich zum Ende komme. Es gibt neben dem moralischen Aspekt, neben dem wirtschaftlichen Aspekt, die ich alle respektiere, den juristischen Aspekt. Jetzt geht es um den Vermögensvorteil oder -nachteil für das Land Steiermark. Ich stelle folgendes Beispiel in den Raum: Die Stadtwerke Graz sind auch ein E-Wirtschaftsunternehmen und wären theoretisch interessiert gewesen, sich bei dieser Ausschreibung für die ESTAG zu beteiligen, und wären auch theoretisch in der Lage gewesen, 7 Milliarden Schilling zu bieten. Es gibt genug Banken, auch der Herr Direktor Hofer ist früher hier gesessen, die froh sind, wenn sie ihr Geld anbringen, vor allem die Stadtwerke. Diese bieten jetzt 7 Milliarden Schilling und bremsen damit die französische Elektrizitätsgesellschaft aus. 7 Milliarden ist mehr als 6 Milliarden, und das kriegen die Grazer Stadtwerke. Dann frage ich Sie, wie soll der Vertrag mit den Grazer Stadtwerken und der ESTAG abgeschlossen werden? Wissen Sie, wie das geht, ähnlich dem Fall Konrad, halbe-halbe. Der Herr Heinzl, der Herr Stadtwerkengeneraldirektor und gleichzeitiger ESTAG-Generaldirektor, muß sich bei den Vertragsverhandlungen halbieren oder er muß zwei Sessel gegenüber nehmen, wo er immer, je nachdem, wo er das Wort ergreift, von einem Sessel zum anderen rückt. Das nennt man auch Sesselnücken oder halbe-halbe. Und das haben Sie damals abgelehnt, dieses halbe-halbe, vor allem hinterher doppelt. Er hat in dem Fall zwei Funktionen. Sind wir nicht immer der Meinung als Politiker, daß zwei Funktionen nicht unbedingt vertretbar sind? In dem Fall geht es schon rechtlich nicht. Ich überlege mir Schritte, und ich sage das ganz ehrlich, und ich habe sie schon vorbereitet, daß ich morgen möglicherweise beim Handelsgericht Graz eine einstweilige Verfügung gegen die ESTAG einbringen werde, wo ich diese Frage zur Diskussion stellen werde und wo ich möglicherweise ein Verbot beantragen werde, daß es bis zur Klärung dieser Rechtsfrage dem Vorstand der ESTAG verboten oder untersagt wird, diesen Vertrag zu unterschreiben. Danke schön. (Beifall bei den Grünen. – 17.59 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung über den Beschlußantrag der Freiheitlichen, betreffend Beteiligungsfinanzierung der EdF 25 Prozent plus eine Aktie (ESTAG). Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Hiermit ist die dringliche Anfrage erledigt. Wir kommen zum unterbrochenen Tagesordnungspunkt bezüglich der Regierungsvorlage.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubomann Schützenhöfer, dem ich es erteile.

Abg. Schützenhöfer (18.00 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst darf ich als einer der Verfasser des Antrages, daß wir uns heute hier treffen, nochmals zwei Dinge sagen. Das Erste ist, die Informationen an die Klubs hatten die Klubs eine Stunde nach der Regierung. So rasch habe ich eine Information noch nie bekommen, vorausgesetzt, daß ich als Klubobmann diese Information, diese Vorlage, wie sie heute vorliegt, an meine Klubmitglieder weitergebe, was ich für meinen Klub getan habe. Das Zweite war, und sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist der Punkt, es wird uns immer vorgeworfen, eine landtagspflichtige Vorlage ins Haus zu bringen, wenn die Entscheidung schon gefallen ist. Wir haben gesagt, nachdem die Grünen an die Klubs ein Fax gerichtet haben, wo gestanden ist, daß ersucht wird darum, daß es einen Sonderlandtag gibt, wer ihn dann beantragt, ist eine zweite Frage, daß wir selbstverständlich, weil es eine so wichtige Entscheidung ist, die die Regierung und in der Folge der Landtag zu treffen hat, mittun, das haben wir getan, und heute wird uns vorgeworfen, daß wir im Husch-Pfusch-Verfahren die Sache abwickeln. Ich rege mich gar nicht auf, sage aber nur, man wird sich irgendwann einmal entscheiden müssen für das eine oder für das andere Argument. Beide können auf Dauer nicht gelten. Wer die letzten Stunden gut mitgehört hat, und, Frau Kollegin Zitz, Ihr Engagement in Ehren, aber sozusagen eine Wortmeldung im Finanz-Ausschuß ist an sich noch nicht bedeutend für Qualitätsnachweis, wer die letzten Stunden miterlebt und gut zugehört hat oder wer sich in der letzten Woche mit der Vorlage beschäftigt hat, und wir haben das getan, der weiß, und ich möchte das gar nicht übertreiben, meine Damen und Herren, daß das, was wir heute tun, eine schwierige Entscheidung ist, der weiß aber auch und kann redlicherweise zum Schluß kommen, daß die Entscheidung, die wir treffen und hoffentlich mit einer großen Mehrheit treffen, eine richtige Leistung, eine richtige Entscheidung ist, und daß die Leistung, die seitens unserer Verhandler aus der E-Wirtschaft vorliegt, eine beachtenswerte ist und daß insbesondere auch eine solide Grundlage durch die Verhandlungen der Landesräte Herbert Paierl und Hans-Joachim Ressel geschaffen wurde. Und das möchte ich auch einmal in aller Deutlichkeit anerkannt haben. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Den Steirern wird oft vorgeworfen, wir hätten einen Wien-Komplex. Ich verneine dies gar nicht von A bis Z, daß es so etwas wie einen Reflex jedenfalls gibt. Wäre dies der Fall,

dann wüßten wir jedenfalls auf Grund der Reaktionen der Bundes- und der Wiener Rathauspolitiker auf den EdF-Einstieg, daß wir den Nagel auf den Kopf getroffen haben und daß offenbar eine richtige Entscheidung vorliegt. Die überflüssigen Wiener Wortspenden sind doch, und ich habe mir das am Wochenende in der APA genau durchgelesen, aggressiv und sachlich völlig unberechtigt. Anders kann ich es mir nicht erklären, und ich wiederhole es, was Landesrat Herbert Paierl schon gesagt hat, daß ein 25-Prozent-Partner für die Post und Telecom Austria als zukunftsweisende Entscheidung von allen Bundesstellen lebhaft begrüßt wird, während man uns Ausverkauf vorwirft, insbesondere auch, der Verbund wird nicht müde zu intervenieren und zu sagen, das ist Ausverkauf. Ich lese hier im Erfolgsbericht des Verbundes, Zitat: 1988 erfolgte die Teilprivatisierung der Verbundgesellschaft. Über 50.000 inländische und rund 20.000 ausländische Anleger erwarben 49 Prozent des Grundkapitals. Bei uns, meine Damen und Herren, geht es gerade um 25 Prozent. Worauf ich damit nur hinweisen will ist, es wird mit zweierlei Maß gemessen, und das ist nicht zulässig. Österreich ist der Verfassung nach ein föderaler Bundesstaat. Doch genau diese Drohgebärden der Zentralisten in den letzten Tagen sprechen eine andere Sprache. Man will die Länder im Würgegriff halten, um so über sie zu bestimmen. Meine Damen und Herren! Da geht es ja auch um unser Selbstverständnis. Genau diese überhebliche Geisteshaltung „Wien, Wien, nur du allein“, haben wir offenbar mit dieser Entscheidung erschüttert. Es war wohl auch Zeit, dem Bund zu demonstrieren, daß wir die ständige ungerechtfertigte Bevorzugung des Wasserkopfs Wien satt haben, Milliarden und Abermilliarden fließen in den Verkehr, in die Kultur, in den Sport, in die Infrastruktur der Bundeshauptstadt. Den Ländern bleibt ein kleiner Rest zum Aufteilen oft unter sechs, unter sieben oder acht Ländern. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Das Hereinholen eines internationalen Partners mit 25 Prozent und einer Aktie in die Energie Steiermark sichert den langfristigen Bestand als eigenständiges steirisches Unternehmen, und das ist doch für uns ein sehr entscheidender Punkt.

In Wahrheit ist es ein Befreiungsschlag gegenüber dem Ostkonsortium, das uns letztlich, wenn man sich die Vorgangsweise genau anschaut, angebotslos schlucken und zur Filiale machen wollte. Mit der steirischen Entscheidung bleiben wir Herr oder, wenn Sie wollen, Frau im eigenen Haus, und das, meine Damen und Herren, wird doch wohl legitim sein. Es ist in den letzten Tagen so oft beklagt worden, warum diese österreichische Lösung nicht zustande gekommen ist. Meine Damen und Herren, ich schließe nicht aus, daß dieses Ziel auch mit einer österreichischen Lösung im ersten Schritt erreichbar gewesen wäre. Und es ist auf Sicht in der Kooperation auch noch erreichbar, wie die Frau Landeshauptmann auch heute sehr klar wieder betont hat. Aber – und das haben uns die Verhandlungspartner in den Gesprächen, die wir geführt haben, doch immer wieder gesagt – der ernsthafte Wille des Bundes hat gefehlt, weil es in Wahrheit keine nationale Energiepolitik in diesem Lande gibt. Und ich beklage, daß Österreich sich auf den internationalen Strommarkt nicht wirklich vorbereitet hat. Der Bund steht in weiten

Bereichen konzeptlos da, also mußten wir in diesem ersten Schritt selber tun, was wir tun konnten. Und es folgen ja weitere Schritte. Und für diese weiteren Schritte ist meines Erachtens, was eine gemeinsame österreichische Strategie anlangt, genug Spielraum, den man nutzen kann und nutzen soll. Aber, meine Damen und Herren, der Verbund mit dem Ostkonsortium hat in der hinter uns liegenden Verhandlungsphase nur gedroht, untergeordnete Vertreter geschickt und in Deutschland und Frankreich gegen die steirischen Interessen interveniert, um nicht zu sagen intrigiert, das steht doch fest, anstatt in der Nachbesserungsphase für ein ernstzunehmendes Angebot zu sorgen. Fünf nach zwölf ist ja dann in den vorverlegten Fasching einzureihen. Welche Leistungen hat denn dieser Verbund vorzuweisen? Meine Damen und Herren, der Verbund hat es zustandegebracht, schauen Sie sich den letzten Bericht an, da steht es sehr trocken drinnen, ziemlich verschuldet zu sein. Von 50 Milliarden ist die Rede, und das quasi in Monopolstellung und bei Kunden, die keine andere Wahl haben. Ich meine, das ist möglicherweise das Ergebnis besonderer Selbstherrlichkeit, und ich meine, es wird Zeit, daß sich die feinen Herren mit dem freien Markt beschäftigen und Konkurrenz bekommen. Ich habe oft den Eindruck, die stehen nicht auf dem Boden der Realität, die schweben in ihrer hochnäsigen Haltung oberhalb der Hochspannungsleitung herum. Ich sage das deswegen so hart, meine Damen und Herren, weil mich die erste Reaktion dieser – fast hätte ich gesagt – Herren mit den genagelten Schuhen unendlich gestört hat, die dann auch (Abg. Ing. Schreiner: „Goiserer!“) – das hat mit Goiserern nichts zu tun, absolut nicht, das ist das Gegenteil von den Goiserern, mein lieber Freund. Und es hat mit rot und schwarz nichts zu tun, wenn es um steirische Interessen geht.

Und ich sage das deswegen so hart, meine Damen und Herren, weil diese erste Reaktion in aller Form seitens der Steiermark zurückzuweisen ist. Der Verbund hat nicht zu drohen, hier mein Strom, dort meine Kohle. Diese Geisteshaltung weisen wir entschieden zurück. (Beifall bei der ÖVP.)

Man möge die Länder nicht unterschätzen, denn wir werden uns zu wehren wissen, wenn jemand glaubt, uns die Substanz nehmen zu können. Wir wollen nichts anderes als eigenständig sein und uns für härtere Zeiten entsprechend rüsten. Das ist es ja, was die Zentralisten so stört, denen von vornherein jedes Sachargument gefehlt hat, und deshalb wird bewußt, ganz bewußt, die Atomangst geschürt, um einen ersten wirtschaftlichen Vorgang madig zu machen. Meine Damen und Herren, wir haben uns spätestens mit der Abstimmung über Zwentendorf entschieden, in Österreich keine Atomkraftwerke zu bauen. Dabei bleibt es. Österreich hat sich entschieden, eine Antiatompolitik zu betreiben, auch dabei bleibt es. Aber wer einen Blick auf die schon bestehenden europäischen Verbundnetze wirft, wird sehen, wer mit wem jetzt schon verflochten ist, wenn Sie sich nur diese Karte anschauen. Ob wir wollen oder nicht, Strom hat – wie so oft in den letzten Tagen festgestellt – kein Mascherl. Es darf doch niemand glauben, ich bitte, daß wir uns da nichts vormachen –, wir könnten im neuen freien Europa eine einsame

Insel der Stromseligen errichten, die in sich abgekapselt ein Paradies erbaut. Ich persönlich beteilige mich daher an der Debatte der Scheinheiligkeit über den Atomstrom nicht. Wir sind Teil des großen Kreislaufes, aber wir sind nicht unser eigener Anfang und unser eigenes Ende zugleich. Und weil das so ist, ist es gut, strategisch einen Partner zu haben, mit dem wir konkurrenzfähig in den Wettbewerb treten können. Meine Damen und Herren, freilich – und es wurde heute oft genug betont –, auch der Preis hat gestimmt. Bei der Diskussion im Finanz-Ausschuß habe ich nur manchmal den Eindruck gehabt auf Grund mancher Wortmeldungen, daß wir 5,6 Milliarden zahlen müssen. Ich darf Sie beruhigen, wir bekommen 5,6 Milliarden. (Abg. Mag. Dr. Hartinger: „Wer ist wir, das Land Steiermark?“) Insbesondere die Freiheitlichen und die Grünen haben derartige Fragen gestellt. Freilich, meine Damen und Herren, und Sie können sich schon wieder beruhigen, auch der Preis hat gestimmt. Und eines darf ich Ihnen von den Freiheitlichen schon sagen, Gnade uns Gott, wir hätten nicht den Vertrag mit der EdF oder was weiß ich, mit den Bayernwerken gemacht, sondern die österreichische Lösung, dann hätten Sie gesagt, über eine Milliarde hauen die beim Fenster hinaus. Ihnen kann man es nicht recht machen, weil Sie nicht wissen, was Sie wollen! (Beifall bei der ÖVP.)

Eines darf ich sagen, Sie wissen, das ist ja das Hauptproblem, und wir merken das, wir haben es auch in der Budgetdebatte gemerkt, die FPÖ hat ein Problem. Sie weiß nicht, was sie will. Sie will immer das Gegenteil der anderen. Und das ist auf Dauer keine Politik, meine Damen und Herren.

Sie brauchen sich keine Angst machen um den Landtagsklub der Volkspartei. So weit, wie Sie schon sind, werden wir nie kommen. So! (Abg. Porta: „Die Entscheidung ist schon gefallen!“) Ich bin beim Preis gewesen, und ich weiß, daß der Abgeordnete Schreiner heute sich ein bißchen schwer tut. Ich gehöre nicht zu denen, die Fragen so beantworten, daß man eigentlich das nicht aushält. Da bin ich schon irgendwie bei Ihnen. Aber Sie wissen meines Erachtens, und etliche andere genau, daß die Entscheidung, die heute eine Mehrheit dieses Landtages treffen wird, und daß die Minderheit – das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen, daß das die Freiheitlichen und die Grünen sind – eine interessante Konstellation. (Abg. Mag. Dr. Hartinger: „Es geht um die Sache!“) Wenn es um die Sache geht, Frau Kollegin Hartinger, dann würden mehrere Ihres Klubs ganz sicher dieser Vorlage zustimmen. Und ich lobe mir den Präsidenten German Vesko, der auf die feine Art die Kurve genommen hat. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ich habe nicht die Kurve genommen!“) Meine Damen und Herren, noch einmal sage ich, der Preis hat auch gestimmt. Das war für uns eine entscheidende, aber nicht die allein entscheidende Komponente. Aber viel wichtiger – und das sollten alle hier, wenn sie vorgeben, die Bevölkerung und unser Land, das sich ja positionieren muß für das nächste Jahrhundert oder das nächste Jahrtausend, vertreten –, viel wichtiger ist doch eines, wir haben mit dieser Entscheidung, die wir treffen werden, nicht alles im Trockenen, das weiß ich schon, aber wir haben mit dieser Entscheidung, die wir treffen werden, jetzt

Optionen. Optionen auch für nationale Kooperation, die Frau Landeshauptmann Klasnic hat es gesagt, und damit einen großen österreichischen Stromverband, diese Option haben wir, aber mit dieser Entscheidung sind wir Partner, und nicht das, was andere gerne hätten, nämlich Bittsteller, und das ist der entscheidende Unterschied. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.18 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Porta. Ich erteile es ihm.

Abg. Porta (18.18 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Landesräte, Hoher Landtag, sehr verehrte Gäste!

Wieso können wir diesem Antrag „Verkauf an die EdF“ nicht zustimmen? (Abg. Schützenhöfer: „Müßt's ihr euch fragen!“)

Drei Punkte möchte ich nur erwähnen. Und der erste ist der Umweltaspekt. Als ich vor knapp zehn Tagen bei der Umweltbudgetdebatte eine Trauerminute gefordert habe, hat mir der Herr Landesrat Pörtl gesagt, ich sei ein Büttenedner. Nur weil ich gesagt habe, ich fürchte, daß die Fortführung einer erfolgreichen Umweltpolitik unter diesen Voraussetzungen einfach nicht möglich ist, meine Damen und Herren. Wir haben – und alle, die im Umweltausschuß sind, wissen es ganz genau, welch ein großes Problem das grenznahe Atomkraftwerk Krško ist. Wir haben da eine Kommission gebildet, wir haben Ausschüsse, wir fahren zu Tagungen auf die Pack, wir halten Sitzungen ab, wir haben das Werk besucht, und wir versuchen, unseren Nachbarn in Slowenien den Ausstieg aus der Atomenergie zu ermöglichen. Zu ermöglichen mit Hilfsstromlieferungen, mit Organisation ihres Energieverbrauchs für Alternativen. Und jetzt plötzlich, wo wir immer aufgetreten sind als Gegner der Atomkraft, nehmen wir uns als Partner den großen Atomstromproduzenten Europas zu uns in die Steiermark. 80 Prozent seiner Produktion kommt aus Atomkraftwerken. Wie stehen wir jetzt wirklich da? Was wird sich unser slowenischer Nachbar denken? Wir haben sogar daran gedacht, als Aufnahmebedingung für die EU den Ausstieg aus der Atomenergie unseres Nachbarlandes zu fordern. Und jetzt sind wir diejenigen, die selbst Atomstrom importieren, wenn es auch heißt, nein, das stimmt nicht, da gibt es keine Direktleitung. Aber man weiß ganz genau, daß in Europa das Leitungsnetz vernetzt ist und daß bei Bedarf Strom aus Deutschland, Strom aus Frankreich, Strom aus Belgien nach Österreich kommt. (Landesrat Pörtl: „Aber das gibt es momentan nicht!“) Liebe Freunde, und dieser strategische Partner ist Projektbetreiber von Mohovce, ein Atomkraftwerk mit östlicher Technologie, uralte, ein wirkliches Gefahrenpotential. Weiters beteiligt bei Temelin. Österreichs Atompolitik hatte Vorbildwirkung bis jetzt. Wir waren immer atomfreie Zone, sind in der EU aufgetreten, haben gesagt, wir wollen nichts mit Atomstrom zu tun haben, uns geht es um eine atomfreie Zone. Das ist jetzt dahin. Seit Zwentendorf ist es gelungen, atomfrei zu bleiben, jetzt schaut es ganz anders aus. Das ist einmal der erste Aspekt.

Und jetzt kommt der arbeitsmarktpolitische Aspekt. Es hat massive Proteste vom ÖGB-Vorsitzenden Walter Pöschl gegeben, von AK-Präsident Rothschedl, die meinen alle, ein Ausverkauf Österreichs habe stattgefunden. 25 Prozent der Anteile plus einer Aktie für die EdF, Electricité de France, für 5,6 Milliarden, muß man sagen, ist ein guter Deal. Aber wie schaut es wirklich aus? Von den 5,6 Milliarden kann das Land zur Zeit keinen Schilling lukrieren. Aber dafür haben wir die Möglichkeit, günstig Strom zu beziehen. Wieso sagen Sie? Es heißt in diesem Vertrag, Optimierung in der Aufbringungsstruktur, meine Damen und Herren. Was sagt das eigentlich? Die STEWEAG kauft 35 Prozent der Energie zu. Die EdF denkt nur strategisch-kaufmännisch. Denen geht es nicht darum, unsere kalorischen Kraftwerke zu erhalten, nicht unsere Wasser- und Speicherkraftwerke, es bedeutet das Aus für erneuerbare Energie, das Aus für Biomasse, das Aus für Solarenergie, für Wind- und Voltaikenergieanlagen. Das bringt uns nichts, sondern kostet uns letztendlich Tausende Arbeitsplätze. Wir fordern, und da stehen wir nicht alleine, sondern mit den Kollegen von ÖGB und der Arbeiterkammer – und es war auch eine Forderung des ÖGB-Chefs, damaligen ÖGB-Chefs Ressel und zur Ehrenrettung unseres Kollegen Gennaro, der heute leider nicht anwesend ist, der anscheinend diese Entscheidung nicht mittragen kann – (Abg. Gross: „Der Kollege Gennaro ist im Spital!“) Tut mir leid, dann wünsche ich ihm baldige Besserung! (Landesrat Pörtl: „Der hat eine schwere Operation gehabt!“) Ja, wie soll ich das wissen? Er tritt – und das kann ich aber wirklich dezidiert hier sagen – in der Arbeiterkammer vehement gegen diesen Atomstrom auf. (Landesrat Ing. Ressel: „Herr Abgeordneter, es ist doch verlesen worden, daß er krank ist, haben Sie das nicht wahrgenommen?“) Nein, Schuster habe ich wahrgenommen. (Abg. Vollmann: „Da haben Sie nicht aufgepaßt wahrscheinlich, wie er das gesagt hat!“) Jetzt kommt für uns der wichtige Aspekt, das ist der regionale Aspekt. Ich komme aus dem Bezirk Voitsberg. Wir sind der Spielball des Verbundes und der ESTAG. Das ist ein Weihnachtsgeschenk, ein großes Paket, das man uns in den Bezirk gelegt hat. Wie schaut das aus? Köflacher Kohle soll für STEWEAG-Partner büßen. Das sind Fakten, meine Damen und Herren.

ÖDK 3, Bergbau, B 70, Eisenbahn, Koflach Schuh und so weiter, und so weiter. Eine Region liegt darnieder. Was hat sie von den Versprechungen zu erwarten, die Sie ihr anscheinend immer geben? Das regionale Wirtschaftsprofil sagt, 9,2 Prozent Arbeitslose, eine der höchsten Frauenarbeitslosigkeit Österreichs. Das Wirtschaftswachstum weiter unter dem Durchschnitt. Und jetzt kommt noch dieses Paket für uns dazu. Ich kann nur an Aussagen erinnern. Kanzler Klima sagte beim Ledersprung, er garantiert – das war damals im Bergbau Oberdorf, er war damals noch Finanzminister, das war vor zirka einem Jahr – den Bestand des Bergbaues und die Abnahme der Kohle durch die ÖDK. Auch Minister Einem garantiert, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner, wir werden alles machen. Herr Finanzlandesrat Ressel, alles für unsere Region. Frau Klasnic versäumt es auch nicht, für uns alle das Beste zu wünschen. Aber wie schaut es wirklich aus? Wo bleiben die so oft versprochenen Mittel für unsere Region von Bund und

Land? Daß es auch anders geht, sieht man in der Dachstein-Tauern-Region, in der Obersteiermark, in der Thermenregion in der Oststeiermark. Wir Voitsberger werden vergessen. Ich frage Sie, für wie leidens- und schmerzfähig halten Sie uns? Es bleibt nur zu hoffen, daß der Vertrag zwischen GKB und Verbund trotz Drohung durch den Verbund eingehalten wird. Ich habe bis zuletzt auf ein Weihnachtswunder gehofft, meine Damen und Herren, in der Hoffnung, der Weihnachtsstern würde ein wenig Licht in so manche verdunkelte Hirne unserer Politiker bringen und erleuchten. Aber es scheint, ich habe vergebens gehofft. In diesem Sinne Glück auf! (Beifall bei der FPÖ und bei den Grünen. – 18.27 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile es ihr.

Abg. Keshmiri (18.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Christian Brünner hat vorhin schon ausführlich erläutert, wir werden diesem Deal quasi zustimmen. Ich möchte allerdings noch einen Knackpunkt, und der ist auch schon heftigst diskutiert worden, bei der heutigen Debatte ansprechen, und zwar ist das die fehlende Offenlegung der Verträge. Landesrat Ressel hat zwar im Finanzausschuß vorher erläutert, daß es unter bestimmten Voraussetzungen möglich sein wird, in die Verträge Einsicht zu bekommen, allerdings ist das für uns nach wie vor fraglich. Sollten nämlich die Verträge zusätzliche Leistungen beinhalten oder sollten zusätzliche Dokumente bestehen, die der EdF mehr Rechte einräumen als das durch die bloße Beteiligung der Fall ist, dann wäre das für uns schlicht und einfach gesagt ein Skandal, weil unter diesen Voraussetzungen hätten wir nicht zugestimmt. Ich möchte Herrn Landesrat Ressel, er ist da drüben, ich hoffe, er hört zu, fragen, ob es nicht möglich wäre, daß er uns zum jetzigen Zeitpunkt quasi eine Erklärung abgeben könnte, daß keine zusätzlichen Rechte über die bloße Beteiligung hinaus der EdF eingeräumt werden. Und zwar auch deshalb, weil im Finanzausschuß dezidiert darauf hingewiesen worden ist, daß Errichtungen von der EdF nicht vorgegeben werden können, da es nur eine 25prozentige Beteiligung gibt. Im Zuge dieser Debatte über die Teilprivatisierung der ESTAG wurde auch die Diskussion über die erneuerbaren Energieträger wieder angeheizt, auch im Hinblick auf die dadurch entstandene Atomdiskussion.

Ich möchte deshalb diese Gelegenheit nützen, zwei Beschlüßanträge vorzulesen. Zum einen, betreffend die Unterstützung der Österreich-Ausstellung für erneuerbare Energieträger anlässlich der zweiten Photovoltaikweltkonferenz.

In der Zeit vom 6. bis 10. Juli 1998 findet in Wien die zweite Photovoltaikweltkonferenz statt, bei der Vertreterinnen internationaler Organisationen zur Durchsetzung erneuerbarer Energieträger, und insbesondere der Photovoltaik, aus dem nord- und südamerikanischen sowie dem asiatischen und afrikanischen Raum teilnehmen werden. Das

Programm umfaßt Anwendungen von netzgekoppelten Anlagen und Insellösungen über Anwendungen in der Raumfahrt bis hin zu Implementierungs- und Finanzierungsstrategien.

Parallel zu dieser in der Hofburg stattfindenden Konferenz wird von österreichischen Unternehmen in unmittelbarem räumlichem Konnex eine Schau- stellung und Informationsmesse zum Thema „Erneuerbare Energieträger in Österreich“ abgehalten. Diese Darstellung dient auch dazu, Vertreterinnen anderer Staaten die in Österreich gelebte Zusammenarbeit von Politik, Energieversorgung und Nutzerverhalten vor Augen zu führen und so Beispiel für eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger zu sein.

Angesichts der nun anlässlich des Vertragsabschlusses der ESTAG mit der EdF aufgebrochenen Diskussion über den Stellenwert erneuerbarer Energieträger in der Steiermark ließe sich durch die Teilnahme an dieser Ausstellung ein klares Zeichen setzen. Die mit der Ausstellung verbundenen Kosten werden von den ausstellenden Unternehmen getragen.

Es wird daher von den unterzeichneten Abgeordneten der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Österreich-Ausstellung im Rahmen der zweiten Photovoltaikweltkonferenz präsent zu sein, die Erfolge bei der Implementierung erneuerbarer Energieträger in der Steiermark darzustellen und sich an den entstehenden Kosten für die Organisation und Abhaltung des auf Österreich zugeschnittenen Teils angemessen zu beteiligen.

Der zweite Beschlußantrag bezieht sich auf die Einspeisetarife für elektrischen Strom aus erneuerbaren Energieträgern. Da haben wir vor ungefähr einem Jahr einen Antrag eingebracht, der auch in Parteienverhandlungen diskutiert wurde und jetzt quasi auf Eis gelegt wurde mit dem Argument, man solle warten, bis vom Bund eine Lösung kommt. Meiner Erkenntnis nach kommt vom Bund eventuell eine Lösung, und zwar auf Investitionsförderung. Das ist aber nicht in unserem Sinne, wir wollen eine Tarifförderung, weil, wie es zum Beispiel in Deutschland der Fall war, gerade die Tarifförderung dazu geführt hat, daß Windkraftboom quasi entstanden ist und auch wesentliche Arbeitsplätze dadurch geschaffen werden konnten. Ich möchte deshalb noch einmal einen Beschlußantrag einbringen, betreffend Festlegung von Einspeisetarifen für elektrischen Strom aus erneuerbaren Energieträgern.

Es wird daher von den unterzeichneten Abgeordneten der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Elektrizitätserzeugern, die elektrische Energie aus Windkraft, Sonnenenergie, Deponiegas, Klärgas sowie Produkten oder biologischen Abfallstoffen der Land- und Forstwirtschaft oder der gewerblichen Be- und Verarbeitung von Holz gewinnen, einen in dem Maß erhöhten Tarif zuzugestehen, daß auch Umweltkosten mitberücksichtigt werden sowie die Schaffung eines Marktes für Energie

aus erneuerbaren Energieträgern und eine Forcierung der Forschung für die damit verbundenen Anwendungstechnologien sichergestellt werden.

Ich bitte um Unterstützung. Danke! (18.33 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (18.33 Uhr – Abg. Schrittwieser: „Martin, kurz!“): Mein Freund, der Siegi Schrittwieser, hat gerufen, Martin, kurz. Und nachdem ich gewohnt bin, das zu tun, was er sagt als Parteisekretär, zumindest es bei mir tief drinnen sitzt, daß ich ihm früher einmal gefolgt bin und dieses Trauma nicht losgeworden bin, werde ich mich kurz halten.

Die Frau Landeshauptfrau entkommt mir, aber der Landesrat Pörtl ist auch ein gläubiger Mensch, und der Kollege Porta hat ja schon davon gesprochen, daß vielleicht heute, kurz vor Weihnachten, gewisse Erkenntnis oder Herzen sich öffnen für unsere Problemstellungen vor allem gegen den Atomstrom, und der Kollege Pörtl oder Kollege Paierl, du bist zwar der „ungläubige Herbert“ oder bist du gläubig? (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sehr!“) Sehr gläubig? (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Man soll damit keinen Spaß machen!“) Das war kein Spaß! Das habe ich gefragt, weil ich einfach hoffe, das stammt nicht von mir, dieses kleine Strombrevier für Politiker, daß ich dir das vorlesen darf. Das ist kein Spaß, aber man muß sonst auch ausfüllen das Glaubensbekenntnis, bist katholisch, kann sich auch nicht jemand aufregen oder sehr selten. Kleines Strombrevier für Politiker. Die Frau Landeshauptfrau entkommt mir schon wieder, aber macht nichts, ich werde es ihr dann zuschicken.

Atomstrom wird nicht in Atomen, sondern in den Generatoren erzeugt. Allerdings werden diese Generatoren von Dampfturbinen betrieben, die ihre Energie aus der Kernspaltung beziehen. Atomstrom ist weder durch Geschmack noch durch Geruch oder Wirkung von Strom aus Biomassekraftwerken zu unterscheiden – eine ganz wichtige Feststellung. Und das Dritte: Nur im Burgenland gelten andere Gesetze der Physik. Vor dem Bau der neuen Hochspannungseitung versicherte der Verbundkonzern der Landesregierung, es werde dort kein Atomstrom transportiert. Es kommt mir sehr ähnlich vor zu der Bestätigung hier. Herr Landesrat Ehrenhöfler erteilte daraufhin auf Basis dieses Versprechens die Genehmigung. Allerdings haben weder der Verbundkonzern noch Burgenländische Erfinder bisher einen Atomstromfilter vorgestellt. Das möchte ich nur hier vorlesen.

Zum Zweiten bringe ich einen Beschlußantrag ein:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Über den Verkauf von Anteilen der ESTAG an die Electricité de France ist in der Steiermark eine Volksbefragung gemäß Paragraph 44 Absatz 2 litera b Landesverfassungsgesetz 1960 durchzuführen. Ich würde mir wünschen, daß Sie vielleicht, wenn Sie schon bei der anderen Frage nicht unseren Appellen folgen – Kollege Porta –, dann vielleicht doch, daß Sie die Bevölkerung fragen, weil der Souverän ist die

Bevölkerung, das letzte Wort sollte eigentlich die Bevölkerung haben. Und vielleicht ergibt sich bei manchen eine Möglichkeit, sich einen Ruck zu geben und möchte eine Volksbefragung durchführen.

Und das Zweite: Gemäß Paragraph 51 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages beantragen die unterzeichneten Abgeordneten die namentliche Abstimmung über den Antrag der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Abschluß eines Unternehmensbeteiligungs- und Syndikatsvertrages des Landes Steiermark mit der Electricité de France.

Darf ich diesen Antrag auf die Volksbefragung erweitern, daß ich die namentliche Abstimmung auch beantrage für die Volksbefragung?

Ich erweitere diesen Antrag auch auf die Volksbefragung. Darf ich bitte einen Kugelschreiber haben? Herr Kollege Gartner, ich danke dafür. Vor Weihnachten ist jeder bereit, etwas herzuborgen.

Also dort würde ich auch bitten, daß man eine namentliche Abstimmung durchführt. Vielleicht sollte man doch diesen Weg gehen, daß man den Souverän, das Volk, befragt, vor Weihnachten wäre dies eine Einsicht in manche Versäumnisse der Vergangenheit. Danke schön! (18.38 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Brünner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (18.38 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Porta, es kann doch nicht so sein, daß eine - so sehe ich es, Sie sehen es anders - wirtschaftspolitisch sinnvolle Entscheidung für die Hereinnahme eines strategischen Partners in die ESTAG verknüpft wird mit der erpresserischen Aussage, in Köflach etwas zuzudrehen. Das kann doch wirklich nicht ein Zusammenhang sein. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Legitim ist für mich, eine andere politische Position zu haben zur ESTAG-Beteiligung und gleichzeitig einen solchen erpresserischen Versuch abzulehnen. Weil ich habe schon in meinem Debattenbeitrag gesagt, ich habe Verständnis oder ich hätte Verständnis für die Verbundmanager, wenn sie sagen würden, aus betriebswirtschaftlichen Gründen sind sie nicht mehr für die Aufrechterhaltung der Verträge zwischen GKB und Verbundtochter ÖDK. Dann könnte ich sie noch verstehen, ohne daß ich dem zustimmen würde. Aber bitte nicht so. Und aus dem Grund sind wir dafür, daß ein Beschlußantrag, betreffend Einhaltung der Verträge zwischen Graz-Köflacher-Eisenbahn-, und Bergbaugesellschaft und der Verbundtochter Österreichische Donaukraftwerke AG., eingebracht wird.

Die Abgeordneten Brünner, Keshmiri, Wabl, Zitz, Flecker, Schützenhöfer, Porta stellen den Antrag, der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert: erstens den Überlegungen des Verbundes, den Kohlevertrag mit dem Dampfkraftwerk Voitsberg zu kündigen, was den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze zur Folge hätte, entgegenzutreten, falls es unsachliche Gründe hierfür gibt, und zweitens zu prüfen, ob in der Region Köflach-Voits-

berg Umstrukturierungsmaßnahmen beziehungsweise welche Umstrukturierungsmaßnahmen notwendig sind, um Arbeitsplätze längerfristig zu sichern.

Der Herr Landesrat hat wieder zu Recht eine Korrektur angebracht. Diese Donaukraftwerke ziehen sich durch alle unsere Geschäftsstücke, was richtigerweise Draukraftwerke heißen müßte. Also ich berichtige mit Draukraftwerken, ich werde meinem Büro sagen, jetzt müssen wir das endlich aus dem Computer kriegen, sonst ist es auch in Zukunft immer falsch. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. - 18.41 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (18.41 Uhr): Herr Landeshauptmann, Herr Kollege Ressel, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der gebotenen Kürze. Ich habe wirklich Verständnis für politische Argumentation und auch Ausholen und immer Wiederholen und immer wieder Wiederkäuen, nur, Martin, da habe ich schon Probleme, weil du die Glaubwürdigkeit der Politik, der Politiker und auch meiner Person angesprochen hast. Ich glaube nicht, daß man damit der Glaubwürdigkeit einen guten Dienst erweist, daß man widerlegte Dinge, offensichtlich objektiv falsche Dinge immer wieder wiederholt in dem Glauben, politisch damit punkten zu können. Das glaube ich eben nicht, daß man in der Frage der Atomstromlieferungen, in der Frage des Ausverkaufes immer wieder bereits mehrfach Widerlegtes wiederholt und meint, damit punkten zu können. Und eigentlich sage ich dir, Martin, meine Damen und Herren, die öffentliche Diskussion, die ich durchaus für nicht nachteilig und unnötig halte, zeigt eigentlich, daß wir recht haben damit, hier eine klare Haltung einzunehmen und eine klare Entscheidung zu treffen.

Und jetzt, weil ich versprochen habe, kurz zu sein - Frau Kollegin Zitz ist nicht mehr da, wohl, sie kommt. Es gibt eine Information, und die stelle ich Ihnen gerne zur Verfügung, über die Kooperation der Electricité de France und Südkraft in Schweden bei der Gas-erzeugung aus Biomasse, einem wirklich herzeigbaren Pilotprojekt, das ist heuer im Sommer vereinbart worden als Forschungs- und Entwicklungsabkommen, das meinte ich. Und bitte, wenn Sie hier Sexismus unterstellen bei Braut und Bräutigam, selbstverständlich kann es auch ein Bräutigam sein, es ging darum, das ist ein terminus technicus, daß es sich um ein attraktives Wesen handelt, das kann auch ein Mann sein. Und daß diese Geschichte dann auch direkt zusammenhängt mit dem, was die FPÖ meint, wann man was an der Börse erzielt. Ich würde mir da keine Prognosen erlauben, genausowenig wie Sie es getan haben. Aber ich würde auch nicht jetzt von vornherein sagen, wenn 5,6 Milliarden Schilling diesem Unternehmen zugeführt werden, dann ist es unattraktiver geworden für einen Börsegang. Das würde ich mich nicht zu sagen getrauen. (Abg. Mag. Dr. Hartinger: „Das haben wir nicht gesagt!“) Ich behaupte, mit über 50 Prozent Eigenkapital ist das eine sehr schöne Geschichte. Und abschließend eines,

ich muß nicht das alles wiederholen, was schon gesagt wurde und was ich vor allem einleitend versucht habe zu betonen. Meine Damen und Herren, glauben Sie mir, das gilt auch für die Electricité de France in Frankreich und überall, wo sie sich engagiert als Großer, als Mächtiger. Wenn er auf den Märkten nicht leistungsfähig ist, wenn er dort nicht kundenorientiert ist, wenn er dort nicht vom Markt her überzeugt mit der Leistungskraft, die Machtstrukturen, und das ist das, was ich fürchte, was einige östlich von uns noch nicht mitgekriegt haben, sowohl im Politischen als auch in Vorstandsetagen, daß das zukünftig nicht mehr die Rolle spielt, wie mächtig bin ich, wieviel Geld habe ich in der Kassa, sondern daß es entscheidend ist, welche Leistungskraft bringe ich auf den Märkten, welche Attraktivität, welche Kundenorientiertheit bringe ich auf den Märkten zusammen. Um das geht es. Und, Martin, abschließend für alle jene, die sich genauso wie ich engagiert haben und auch noch engagieren in der Frage der Atomkraftwerke, und insbesondere jene, die entweder in Österreich hätten gebaut werden sollen oder jetzt rund um Österreich stehen. Es ist bisher immer daran gescheitert, daß die österreichische E-Wirtschaft keine Alternative zustandegebracht hat für die Ersatzstromlieferungen. Vielleicht gelingt uns als Vision mit diesem starken Partner in nächster Zeit, diese Überlegung zu realisieren. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. –18.45 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen nunmehr, meine Damen und Herren, zu einer Reihe von Abstimmungen.

Erstens über den Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 684/1.

Es wurde ein Antrag auf namentliche Abstimmung gemäß Paragraph 51 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Siegfried Ussar, herauszukommen und die Namen der Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge zu verlesen.

Die Abgeordneten werden ersucht, nach Aufruf ihres Namens mit einem deutlichen Ja oder Nein ihre Stimme abzugeben.

Abg. Ussar:

Johann Bacher: Ja. Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa: Ja. Walburga Beutl: Ja. Mag. Magda Bleckmann: Nein. Dr. Christian Brünner: Ja. Waltraud Dietrich: Nein. Erwin Dirnberger: Ja. Mag. Wolfgang Erlitz: Ja. Dr. Kurt Flecker: Ja. Dipl.-Ing. Günter Getzinger: Ja. Dipl.-Ing. Heinz Grabner: Ja. Barbara Gross: Ja. Mag. Beate Hartinger: Nein. Dipl.-Ing. Franz Hasiba: Ja. Otto Heibl: Ja. Siegfried Herrmann: Ja. Ing. Mag. Peter Hochegger: Ja. Ernst Huber: Ja. Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch: Ja. Dr. Eva Karisch: Ja. Monika Kaufmann: Ja. Margit Keshmiri: Ja. Ing. Hans Kinsky: Ja. Ernst Korp: Ja. Walter Kröpfl: Ja. Kurt List: Nein. Dr. Reinhold Lopatka: Ja. Ing. Hans Löcker: Ja. Franz Majcen: Ja. Manfred Porta: Nein. Günther Prutsch: Ja. Alfred Prutsch: Ja. Günther Prutsch: Ja. Reinhold Purr: Ja. Hermine Pußwald: Ja. Dr. Ilse Reinprecht: Ja. Franz Riebenbauer: Ja. Peter

Schinnerl: Nein. Franz Schleich: Ja. Ing. Franz Schreiner: Nein. Siegfried Schrittwieser: Ja. Hermann Schützenhöfer: Ja. Josef Straßberger: Ja. Kurt Tasch: Ja. Peter Tschernko: Ja. Siegfried Ussar: Ja. Dipl.-Ing. German Vesko: -. Karlheinz Vollmann: Ja. Dr. Martin Wabl: Nein. Annemarie Wicher: Ja. Karl Wiedner: Nein. Mag. Edith Zitz: Nein.

Präsident: Die namentliche Abstimmung hat ergeben, daß 41 Abgeordnete dem Antrag des Berichterstatters zugestimmt und zehn Abgeordnete abgelehnt haben.

Der Antrag wurde somit mit Mehrheit angenommen.

Zweitens stimmen wir über den Beschlußantrag des LIF, der Grünen, SPÖ, ÖVP und FPÖ, betreffend Einhaltung der Verträge zwischen GKB und Verbund-Tochter ÖDK ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Drittens, Beschlußantrag des LIF und der Grünen, betreffend Unterstützung der Österreich-Ausstellung für erneuerbare Energieträger anlässlich der zweiten Photovoltaikweltkonferenz. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Viertens, Beschlußantrag des LIF und der Grünen, betreffend Festlegung von Einspeisetarifen für elektronischen Strom aus erneuerbaren Energieträgern. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Danke, Gegenprobe.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Fünftens, Beschlußantrag der Grünen und des LIF, betreffend Volksbefragung über den Verkauf von Anteilen des ESTAG an die EdF. Es ist eine namentliche Abstimmung gewünscht. Ich bitte wieder den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Siegfried Ussar, ans Rednerpult zu kommen und die Namen der Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge zu verlesen.

Abg. Ussar:

Johann Bacher: Nein. Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa: Nein. Walburga Beutl: Nein. Mag. Magda Bleckmann: Ja. Dr. Christian Brünner: Nein. Waltraud Dietrich: Ja. Erwin Dirnberger: Nein. Mag. Wolfgang Erlitz: Nein. Dr. Kurt Flecker: Nein. Dipl.-Ing. Günter Getzinger: Nein. Dipl.-Ing. Heinz Grabner: Nein. Barbara Gross: Nein. Mag. Beate Hartinger: Ja. Dipl.-Ing. Franz Hasiba: Nein. Otto Heibl: Nein. Siegfried Herrmann: Nein. Ing. Mag. Peter Hochegger: Nein. Ernst Huber: Nein. Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch: Nein. Dr. Eva Karisch: Nein. Monika Kaufmann: Nein. Margit Keshmiri: Nein. Ing. Hans Kinsky: Nein. Ernst Korp: Nein. Walter Kröpfl: Nein. Kurt List: Ja. Dr. Reinhold Lopatka: Nein. Ing. Hans Löcker: Nein. Franz Majcen: Nein. Manfred Porta: Ja. Günther Posch: Nein. Alfred Prutsch: Nein. Günther Prutsch: Nein. Reinhold Purr: Nein. Hermine Pußwald: Nein. Dr. Ilse Reinprecht: Nein. Franz Riebenbauer: Nein. Peter Schinnerl: Ja. Franz Schleich: Nein. Ing. Franz Schreiner: Ja. Siegfried Schrittwieser: Nein. Hermann

Schützenhöfer: Nein. Josef Straßberger: Nein. Kurt
Tasch: Nein. Peter Tschernko: Nein. Siegfried Ussar:
Nein. Dipl.-Ing. German Vesko: -. Karlheinz Voll-
mann: Nein. Dr. Martin Wabl: Ja. Annemarie Wicher:
Nein. Karl Wiedner: Ja. Mag. Edith Zitz: Ja.

Präsident: Die namentliche Abstimmung hat er-
geben, daß zehn Abgeordnete dem Antrag des
Berichterstatters zugestimmt und 41 Abgeordnete den
Antrag abgelehnt haben.

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege
einberufen.

Wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein
noch besseres neues Jahr.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung:
18.56 Uhr.)